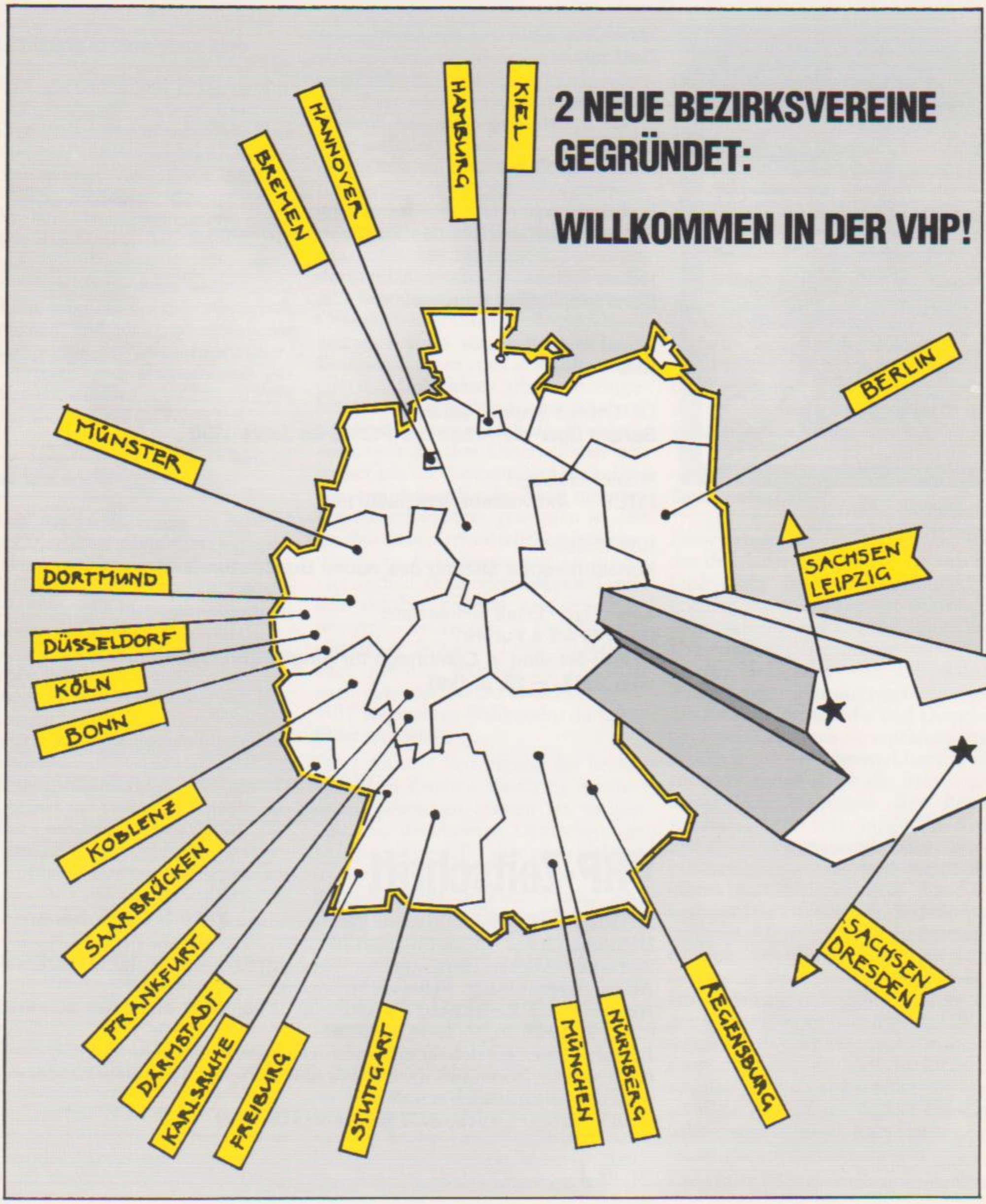
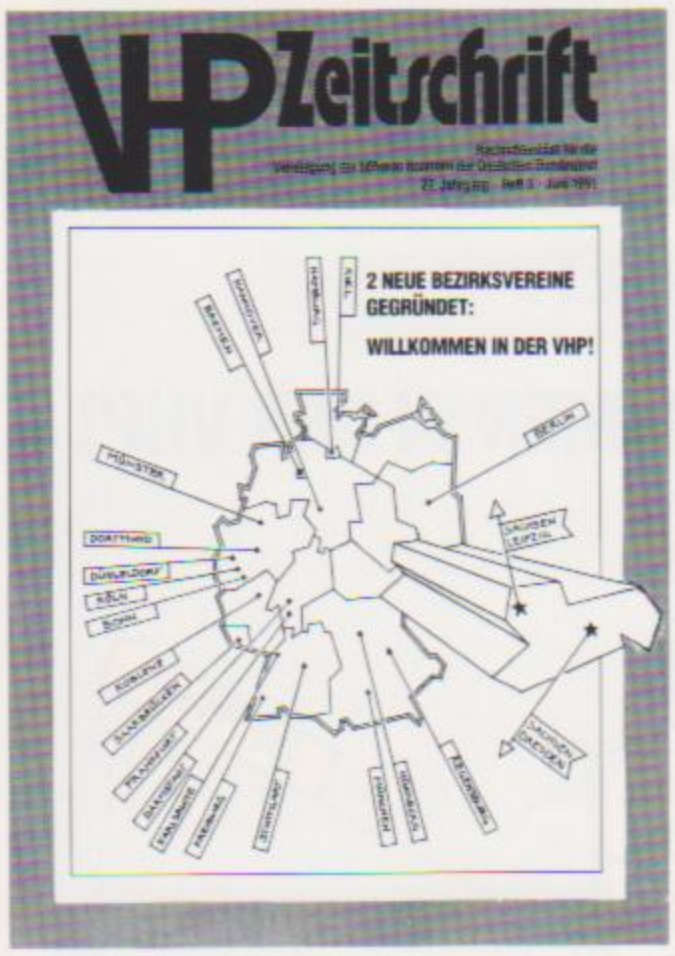
VHP Zeitschrift

Nachrichtenblatt für die
Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost
27. Jahrgang · Heft 3 · Juni 1991



INHALTSVERZEICHNIS



Zum Titelbild:
Zeichnung: Klaus Lieberknecht

Franz-Josef Otte
Zur Lage 3

Michael Herzog
37. Delegiertentag 5

Pressemitteilung 12

Paul Burkhart
Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden 13

Johann Paffen
Berufspolitischer Lagebericht 19

Alfred Müller
AhD — 1991 24

Dr. Otfried Brauns-Packenius
Bericht über die Arbeit der FEFAS im Jahre 1990 25

Werner Hufnagel
FITCE — Aktivitätsbericht 1990/1991 26

Rolf Gröber
Konstituierende Sitzung des neuen Bundesvorstandes 27

Karin Jäger/Frank Steinbrenner
Has FEFAS a Future?
FEFAS-Meeting in Cambridge für junge Führungskräfte vom 24. 3. — 29. 3. 1991 29

VHP-Zeitschrift

Herausgeber: Bundesvorstand der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost, Postfach 10 60 01, 7000 Stuttgart 10.
Redaktion: Michael Herzog (verantwortlich); Klaus Lieberknecht; Dirk Staben.
Anzeigenverwaltung: Klaus Lieberknecht.
Anschrift der Redaktion: Postfach 60 02 00, 2000 Hamburg 60, Telefon (0 40) 36 19 22 36, 63 88 44 60, 63 88 33 36 und 63 88 46 10.
Die mit Namen gezeichneten Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Bundesvorstandes deckt, wird dies ausdrücklich erwähnt.
Druck: Kröger Druck, 2000 Wedel bei Hamburg.

ZUR LAGE

Mit Schwung in eine neue Zeit!

Der Delegiertentag 1991 in Darmstadt, dem „Geburtsort" unserer VHP, ist vorüber. Vielleicht darf man diese Tage „neudeutsch" als Highlights in der Geschichte unserer Vereinigung bezeichnen. Der Verfasser dieser Zeilen möchte dem Delegiertentag 1991 nachträglich das Motto „Mit Schwung in eine neue Zeit!" geben.
Ein solches Motto wäre nachträglich nicht nur aufgrund des organisatorisch gelungenen und glanzvollen äußeren Ablaufs sowie der zukunftsorientierten Vorträge und Diskussionen gerechtfertigt, sondern vor allem als Programm und Auftrag zu verstehen.

Vieles war anders.

Diesmal war vieles anders als bei früheren Delegiertentagen – auch gegenüber dem letztjährigen. Als hauptsächliche Gründe und Ursachen für die Unterschiede, die hier nicht vollzählig aufgeführt werden können, sind

- die Neustrukturierung der Deutschen Bundespost und
- die politische Vereinigung der beiden nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen deutschen Staaten

zu nennen.
Die Neustrukturierung, die gewollt und geplant war und inzwischen – abgesehen von der Neuordnung der mittleren Lenkungsstufe – organisatorisch abgeschlossen ist, wurde rein äußerlich sichtbar in der zeitweiligen Anwesenheit des Staatssekretärs Görts und anderer Repräsentanten des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation einerseits sowie von Vorstandsmitgliedern und anderen hochrangigen Vertretern der drei Unternehmen der DBP andererseits. Aber auch in den Inhalten der Vorträge und Statements war die Neustrukturierung erkennbar. Während in den Jahren vor der Postreform der Minister als Mitglied der Bundesregierung und zugleich als oberster Manager der Deutschen Bundespost sowohl politische als auch unternehmerische Fragen und und Probleme behandelte, beschränkte sich Staatssekretär Görts nunmehr im wesentlichen auf politische (insbesondere ordnungspolitische) Ausführungen – entsprechend der im Poststrukturgesetz festgelegten Aufgabenabgrenzung. Die Ausführungen zu unternehmerischen und betrieblichen Fragen waren den anwesenden Sprechern der drei Unternehmen vorbehalten, die sich zwar kurz, aber in dankenswerter Offenheit dazu äußerten. Unterschiede zeigten sich im Vergleich zu früheren Delegiertentagen auch in den Beratungen der Delegierten über die eingebrachten Anträge, und zwar insofern, als deutlich wurde, daß die Problemstellungen der drei Unternehmen sich immer stärker voneinander unterscheiden und daß es für die VHP und ihre Organe schwieriger geworden ist, die für ihre Arbeit erforderlichen Informationen zu bekommen und zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Deutlich sichtbar wurden auf der Postreform basierende Unterschiede gegenüber früheren Delegiertentagen auch bei den Wahlen, die erstmalig nach dem der Neustrukturierung der DBP angepaßten Wahlmodus durchgeführt wurden.

Die politische Vereinigung der beiden nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen deutschen Staaten im vorigen Jahr, die die meisten Deutschen seit Kriegsende gewollt, aber noch nicht so bald erwartet hatten, sowie die daraufhin vollzogene organisatorische Angliederung der früheren Deutschen Post der ehemaligen DDR an die DBP unter gleichzeitiger struktureller Anpassung hatten es ermöglicht, daß Kollegen aus Dresden und Leipzig als Delegierte der beiden dortigen Bezirksvereine der VHP an diesem Delegiertentag teilnahmen. An dieser Stelle sei angemerkt, daß die Neugründung in Dresden im Herbst 1990 und die in Leipzig knapp eine Woche vor dem Delegiertentag abgeschlossen war. Durch den nach der Satzung der VHP dafür vorgeschriebenen Beschluß, mit dem der Delegiertentag diesen beiden Neugründungen zustimmte, wurde unsere Vereinigung nun auch formell legitimiert, sich für Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern einzusetzen und ebenfalls deren Belange zu vertreten, soweit es der Satzung entspricht. In diesem Zusammenhang ist schließlich zu erwähnen, daß auch in den Diskussionsbeiträgen immer wieder deutlich wurde, wie sehr als Delegierte in Darmstadt versammelte Führungskräfte des höheren Dienstes sich für die Aufgaben und Aktivitäten der Unternehmen der DBP nicht nur in den alten, sondern auch in den neuen Bundesländern mitverantwortlich fühlen.

Quo vadis, DBP?

Diese Frage nach dem (künftigen) Weg der drei Unternehmen, in die sich die DBP nach ihrer Neustrukturierung gliedert, stellt sich für ihre Führungskräfte ständig und zog sich unter Verknüpfung mit der immer wieder erklärten Bereitschaft zur Übernahme hochgradiger Führungsverantwortung der Vorstandsmitglieder und Delegierten sowie der durch sie repräsentierten Angehörigen des höheren Dienstes wie ein roter Faden durch die Beratungen dieses Delegiertentages. Ihre Beantwortung setzt eine möglichst klare Definition der anzustrebenden Unternehmensziele voraus und macht zunächst eine zielorientierte Standortbestimmung erforderlich. Sodann verlangt die aufgeworfene Frage Aussagen darüber, welche Steuerungsimpulse notwendig sind, um das jeweilige Unternehmen auf richtigem Weg zum angestrebten Ziel zu halten oder, falls es schicksalhaft oder aufgrund von Steuerungsimpulsen, die sich nachträglich als falsch oder als nicht rechtzeitig oder als nicht angemessen dosiert erwiesen haben, vom richtigen Kurs abgewichen ist, auf diesen zurückzuführen.

Die Unternehmensziele sind im Post-

strukturgesetz grob umrissen. Sie bedürfen der Detaillierung und Verfeinerung – und evtl. auch der Weiterentwicklung – aufgrund regelmäßiger Analysen der Märkte, auf denen sich die Unternehmen betätigen oder künftig betätigen wollen, sowie aufgrund der sich permanent verändernden Einflußgrößen – insbesondere politischer, wirtschaftlicher oder technischer Art.

In diesem Zusammenhang nahmen vor allem zwei Fragenkomplexe einen breiten Raum ein. Es war dies zunächst die unter Hinweis auf die jüngste Sonderabgabendiskussion mehrfach gestellte Frage, ob die Postreform den Unternehmen genügend wirtschaftliche Selbständigkeit gebracht habe oder ob der politische Einfluß noch mehr eingeschränkt werden müsse. Kritisch beleuchtet wurde ebenfalls das Thema der Gründung weiterer privatrechtlich agierender Töchter; es sollte nicht dazu kommen, daß die Unternehmen der DBP nur noch sog. Finanz-Holdings wären.

Die Diskussionen über den künftigen Kurs des einzelnen Unternehmens der DBP ergaben mancherlei Anregungen und Denkanstöße. Die Beratungen zu Fragen der Unternehmensziele und ihrer Erreichung werden im Bundesvorstand alsbald fortgesetzt und vertieft werden. Danach möchte der geschäftsführende Bundesvorstand der VHP den Vorständen der Unternehmen die Beratungsergebnisse vortragen.

Quo vadis, VHP?

Diese Frage nach dem künftigen Weg unserer VHP ist unweigerlich mit der Frage nach dem Weg oder den Wegen der drei Unternehmen der DBP eng verbunden.

In den Diskussionen zu den von den Bezirksvereinen eingebrachten Anträgen kam des öfteren deutlich zum Ausdruck, daß die VHP befähigte Vor- und Mitdenker in ihren Reihen hat, die bereit und in der Lage sind, kreativ und konstruktiv an der Weiterentwicklung der Unternehmen sowie an der Erarbeitung von Antworten auf damit verbundene personal- und laufbahnpolitische Grundsatzfragen mitzuwirken. Hier ist z. B. zu denken an die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Beamtenrechts und des Berufsbeamtentums oder an die Frage, welches Rechtsverhältnis der Beschäftigten der einzelnen Unternehmen in Zukunft die Regel sein soll.

Zwar wurde vielerlei Kritik geäußert, z. T. recht deutlich. Der Delegiertentag ließ aber zu keinem Zeitpunkt Zweifel daran aufkommen, daß die VHP, die als einzige Organisation zur Vertretung von Personal- oder Laufbahninteressen bei der DBP deren Neustrukturierung zwar kritisch, aber im Ergebnis zustimmend begleitet hat, nicht im Gegeneinander, sondern im kritisch-konstruktiven Miteinander mit dem BMPT sowie mit den Vorständen der drei Unternehmen ihren künftigen Weg gehen und ihre durch die Satzung vorgegebenen Ziele verfolgen wird. Bei diesem Delegiertentag hat unsere Vereinigung bewiesen, daß sie sich organisatorisch, personell und inhaltlich den durch die Postreform sowie die politische Vereinigung Deutschlands veränderten Erfordernissen angepaßt hat. Sie hat außerdem gezeigt, daß sie trotz aller Verschiedenheit der Probleme in den drei Unternehmen sowie in den einzelnen Fachrichtungen des höheren Dienstes zu Einheit und Geschlossenheit fähig ist. Sie hat darüber hinaus Elan und Entschlossenheit demonstriert.

Darum möge auch für die nach diesem Delegiertentag zu erledigende Arbeit der VHP das Motto lauten: „Mit Schwung in eine neue Zeit!"

Franz-Josef Otte

DELEGIERTENTAG 1991 IN DARMSTADT

VEREINIGUNG
DER HÖHEREN BEAMTEN
DER DEUTSCHEN BUNDESPOST

Es war wirklich reiner Zufall – die im Hessischen Landesmuseum Darmstadt zu besichtigende Ausstellung der Dinosaurier, die gemeinhin als Symbole für das Aussterben von unbeweglichen und anpassungsunfähigen Artgenossen stehen, hatte absolut nichts mit der Tagung der höheren Postbeamten in Darmstadt zu tun. Es zeigte sich im Verlauf der drei Tage, daß die höheren Postbeamten in ihrer Mentalität auch nicht entfernt diesen Wesen aus vergangenen Tagen gleichen.

Aber zunächst zum Umfeld: Darmstadt, den meisten Mitarbeitern bei den Unternehmen der Deutschen Bundespost von Lehrgängen, Arbeitstagungen oder einer mehr oder weniger langen Beschäftigung in den Zentralämtern persönlich bekannt, bot alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tagung. Eine effiziente Organisation sorgte auf allen Ebenen für die Delegierten bzw. deren Begleitung, Unterkunft und Verpflegung entsprachen allen Erwartungen, selbst das Wetter zeigte sich von seiner guten Seite.

37. DELEGIERTENTAG

Für die hervorragende Organisation und die sehr gute Betreuung auch an dieser Stelle ein herzlicher Dank an die meist im Hintergrund wirkenden „guten Geister".

Die letzten Vorbereitungen des BV

Wie in jedem Jahr trafen sich die Mitglieder des Bundesvorstandes am Tag vor Beginn des Delegiertentages zu ihrer letzten Sitzung. Die noch offenen Punkte des Tagungsablaufes wurden abgesprochen, Vorträge und Statements zu erwartender Mitglieder der Unternehmensleitungen in den Ablauf integriert sowie letzte Vorbereitungen zur Neuwahl des Bundesvorstandes getroffen.
Herr Burkhart erläuterte außerdem die Aktivitäten seit der letzten Bundesvorstandssitzung. Es zeige sich dabei, so Herr Burkhart, daß es nach wie vor zunehmend Probleme bereite,

- Termine bei kompetenten Gesprächspartnern in den DBP-Unternehmen zu bekommen,
- die Entwicklung von drei sich unterschiedlich entwickelnden Unternehmen informatorisch im Griff zu behalten und
- genügend *aktive* Mitstreiter für die gemeinsame Sache der VHP zu finden.

Weiter berichtete Herr Burkhart von seinen jüngsten Bestrebungen, neue Mitglieder in den Vorständen der Unternehmen bzw. in den neuen Bundesländern zu werben; er könne allerdings wieder neue Erfolge melden.
Da in Darmstadt eine Neuwahl des Bundesvorstandes bevorstand und sich damit Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes ergeben könnten, bedankte sich der Vorsitzende bei den Anwesenden für die nicht immer einfache, aber stets konstruktive Zusammenarbeit. Mit dem Wunsch, daß der Delegiertentag die Einheit der VHP stärken möge, beschloß Herr Burkhart diese vorbereitende Sitzung.
Der Vorbereitungstag klang sehr angenehm beim traditionellen, gemütlichen Beisammensein, in diesem Jahr im Restaurant Oberwaldhaus arrangiert, aus.

Stunde der Presse

Die Pressekonferenz im Sitzungssaal des FTZ stand ganz im Zeichen der Aufbauarbeit der Telekom in den neuen Bundesländern.
Das Interesse der Journalisten von dpa, FAZ und der Lokalpresse konzentrierte sich auf die Kritik in der Öffentlichkeit, daß die Einrichtung von Leitungen und Anschlüssen zu langsam voranginge.
Der Bundesvorsitzende wies die Kritik als unbegründet zurück und erläuterte, wie z. B. von der OPD Stuttgart bereits kurz nach der Wende ein Team von Experten nach Dresden gegangen ist, um dort mit unkonventionellen Mitteln ein funktionsfähiges Fernmeldeamt aufzubauen.
(Die VHP-Zeitschrift berichtete in der Ausgabe 2/91 darüber.)
Er ergänzte, daß ein modernes Nachrichtensystem einen gewissen Planungsvorlauf braucht, natürlich werde auf Hochtouren daran gearbeitet und vorübergehend auch Provisorien für den dringendsten Bedarf eingerichtet. Dafür müsse der besondere Einsatz der Führungskräfte auch entsprechend honoriert werden.
Anschließend wurden die Herren Paffen, Otte und Altehage als Vertreter des Bundesvorstandes vom amtierenden Präsidenten des FTZ, Herrn Prof. Dipl.-Ing. Mlecek empfangen.

Feierliche Eröffnung

Es lag auf der Hand, für die Eröffnungsveranstaltung die gerade in Darmstadt vorhandene hervorragende Infrastruktur postalischer Einrichtungen, in diesem Falle den großen Vortragssaal des in der Hilpertstraße neu gebauten Posttechnischen Zentralamtes, zu nutzen.

Für die musikalische Umrahmung, dem Streichquintett Op. 77 G-Dur von Antonin Dvořák, konnten Mitglieder des Kammerorchesters Merck unter der Leitung von Prof. Dr. Hermann Mahr, ehemaliger Kollege im Forschungsinstitut beim Fernmeldetechnischen Zentralamt, gewonnen werden.

Der Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden der VHP, Herrrn Präsidenten Dipl.-Ing. Paul Burkhart, folgten in Abänderung des ursprünglich vorgesehenen Programmablaufes zunächst die Grußworte der CDU/CSU-Fraktion durch Herrn Gerhard O. Pfeffermann, der SPD-Fraktion durch Herrn Arne Börnsen sowie wie der F.D.P.-Fraktion durch Herrn Jürgen Timm.

Anschließend folgte der Festvortrag des Präsidenten des Bundeskartellamtes, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Kartte, zum Thema „Europa und Wettbewerb". Mit den Worten: „Berlin grüßt Darmstadt!" leitete Herr Prof. Kartte seinen frei gehaltenen Vortrag über die vielfältigen Aspekte der politischen und vor allem wettbewerblichen Entwicklung in Europa ein. Naturgemäß dominierte in seinem Vortrag die östliche Hälfte Europas und hier wiederum die Entwicklung der fünf neuen Bundesländer.

Die wesentlichen Aussagen dieses sehr informativen und einige Hintergründe der Entwicklungen in den letzten zwei Jahren beleuchtenden Vortrages werden, wie die Festvorträge in den vergangenen Jahren auch, im nächsten VHP-Heft abgedruckt.

Den Ausführungen von Prof. Kartte folgten ein kurzes Grußwort des Vertreters der Stadt Darmstadt sowie die Begrüßung des Hausherrn des Posttechnischen Zentralamtes, Herrn Präsidenten Helmut Bielefeld.

Der zweite Höhepunkt dieser Veranstaltung war die Ansprache des VHP-Bundesvorsitzenden Paul Burkhart. Allerdings war von ihm das Kunststück zu vollbringen, die Rekapitulation der ca. 9.000 Stunden seit dem Delegiertentag 1990 in Regensburg unter einem enormen Zeitdruck vorzunehmen, da die Zeit bei Beginn seiner Ansprache bereits weit fortgeschritten war.

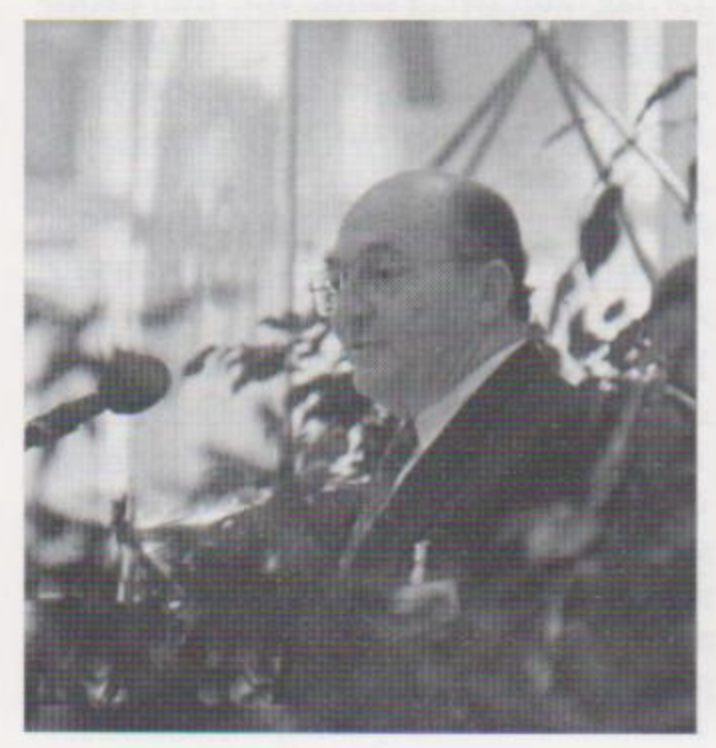
Er begnügte sich deshalb damit, die Veränderung der Randbedingungen der DBP sowie der DBP selbst und die daraus resultierenden Probleme für die Vereinigung der höheren Postbeamten in aller Kürze zu schildern. Er stellte die Erfolge des vergangenen Jahres heraus, gab aber auch zu bedenken, daß verschiedene Ziele der VHP noch nicht erreicht seien.

Einer der Kernsätze Paul Burkharts an die Adresse der DBP-Unternehmensvorstände war das Angebot aller Führungskräfte in den Unternehmen, weiterhin zu Höchstleistungen bereit zu sein und die Vorstände nach wie vor bei der Lösung der z. Z. schwierigen Aufgaben zu unterstützen. Allerdings mahnte er auch an, daß diese Führungskräfte adäquate Gegenleistungen erwarten und wie Führungskräfte behandelt werden wollen. Dazu gehöre u. a. die umfassende und rechtzeitige Information, die Delegation von Verantwortung, aber ebenso die leistungsgerechte Bezahlung.

Der volle Wortlaut wird, wie die Ausführungen von Prof. Dr. Kartte, im nächsten Heft abgedruckt.

Begrüßungsabend

Das Kontrastprogramm am ersten Abend des Delegiertentages fand, wie schon häufiger in den vergangenen Jahren, in postalischen Räumlichkeiten statt. In der Kantine des neuen PTZ, die mit ihrer Atmosphäre eher an südländische Gefilde erinnerte, trafen sich die VHPler unter dem von Horst Gläsker entworfenen „Tor der vier Urelemente: Feuer – Erde – Wasser –



Luft", dem in dem Raum dominierenden Spachtelputzfresko von beachtlichen Ausmaßen (3,2 × 5,4 m), zu anregenden Gesprächen.
Die Tatsache, daß der Delegiertentag in Darmstadt veranstaltet wurde, sollte auch an diesem Abend nicht ohne Folgen bleiben. Geboten wurde, von einem Mundartdichter vorgetragen, die erste Lektion des „Heiner-Deutsch", der dortigen Eingeborenensprache.

Tage der Arbeit

Am zweiten Tag eröffnete der Bundesvorsitzende die zweitägige Arbeitssitzung u. a. damit, daß er den Geist der Gründerväter der VHP beschwor (Gründungsstadt: Darmstadt!) und darauf hinwies, daß die VHP als Interessenvertretung der Führungskräfte des höheren Dienstes bei den Unternehmen der DBP nach wie vor wichtig sei. Der VHP falle zunehmend eine Rolle als Bindeglied zwischen den Unternehmen zu. Im übrigen, so Burkhart, zeige sich die Dynamik und Flexibilität der VHP auch daran, daß sie sich schnell auf neue Situationen einstellen kann.

Mit diesen Worten leitete er die Begrüßung von Herrn Dr. Zurhorst, der außerplanmäßig bereits zu Beginn der Arbeitssitzungen anwesend war, ein und bat um dessen Ausführungen.
Herr Dr. Zurhorst, Mitglied des Vorstandes der DBP POSTBANK und gern gesehener Gast der Delegiertentage, begann seinen Vortrag mit der Feststellung, daß er

seit 36 Jahren Postler,
seit 26 Jahren in Bonn und
seit 18 Jahren Mitglied der VHP

sei. Er ging sodann auf das von ihm vertretene Unternehmen POSTBANK ein und erläuterte die künftige Geschäftspolitik sowie deren Hintergründe. Sein Vortrag wird in vollem Wortlaut abgedruckt.
Nach dem Vortrag von Herrn Dr. Zurhorst und der anschließenden Diskussion folgten der Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden, der berufspolitische Lagebericht (mit dem sich Herr Paffen aus seiner Funktion als stellvertretender Bundesvorsitzender verabschiedete) sowie die Berichte der Beauftragten für Angelegenheiten der AhD (ebenfalls zum letzten Mal von Herrn Müller), der FEFAS und der FITCE.
Unterbrochen wurde diese Reihenfolge durch einen Vortrag von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Schwegmann aus dem Bundesministerium des Innern zum Thema „Berufsbeamtentum heute". Grundtenor dieses Vortrages war, wie im Grunde nicht anders zu erwarten, ein eher traditioneller Ansatz. Da hierdurch das Selbstverständnis der unternehmerisch geprägten DBP-Führungskräfte berührt wurde, entspann sich eine lebhafte Diskussion zu dessen Thesen.
Der Kassenbericht von Herrn Altehage war knapp und präzise. Die Hauptaussage: die Kassenlage ist stabil.
Dies sowie die professionelle Kassenführung durch Herrn Altehage wurde von den Kassenführern, den Herren Lies (anwesend) und Bauer (abwesend), bestätigt.
Nach diesen Bundesvorstandsberichten ließ Herrn Wehran als Alterspräsident, nach ausgiebiger Würdigung der

Leistungen des Vorstandes, diesem die einstimmige Entlastung erteilen. Damit war bei diesem Delegiertentag automatisch die Amtsperiode des alten Bundesvorstandes abgelaufen, eine Neuwahl stand bevor.

Neuwahl

Die Leitung der Neuwahl übernahm routiniert Herr Paffen als mit diesem Delegiertentag ausscheidendes Mitglied des Bundesvorstandes. Er erläuterte die Wahlmodalitäten und die Kandidatenliste, die sich inhaltlich an dem Ergebnis der Umstrukturierung der DBP orientierte. Sodann wurde die Wahl durchgeführt.
Außerhalb der eigentlichen Vorstandswahl wurden die „alten" Kassenprüfer für die nächsten 12 Monate in ihrem Amt bestätigt.
Wahlergebnis: Der Bundesvorsitzende (Herr Burkhart), die beiden Stellvertreter (die Herren Blankenstein und Otte), der Bundesgeschäftsführer (Herr Gröber), der stellvertretende Bundesgeschäftsführer (Herr Probst), der Bundesschatzmeister (Herr Altehage) sowie die Beauftragten für die Angelegenheiten von AhD (Herr Altmannsperger), FEFAS (Herr Dr. Brauns-Packenius) und FITCE (Herr Hufnagel) wurden mit jeweils 100 Prozent der Stimmen gewählt und nahmen ihre Ämter unter dem Beifall der Delegierten an.
Ebenso reibungslos erfolgte die Wahl der Beisitzer, wobei sich zuvor die neuen Kandidaten dem Gremium vorstellten.
Der gesamte neue Bundesvorstand wird namentlich und in seiner Geschäftsverteilung in der VHP-Zeitschrift gesondert vorgestellt.

Grüße aus Österreich

Grüße der österreichischen Postakademiker und gleichzeitig Glückwünsche an den neuen Bundesvorstand der VHP übermittelte der Vorsitzende des Verbandes der Akademikervereine der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung, Herr Dipl.-Ing. Maruszczack.
Er deutete an, daß sie aus den Anträgen der VHP erkennbaren Probleme denen der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung ähnelten; insofern beobachtete man sehr aufmerksam die Entwicklung in Deutschland.
Abschließend bedankte er sich für die Gastfreundschaft und wünschte viel Erfolg für den weiteren Verlauf der Tagung.

Mittelpunkt der Beratungen: Die Anträge

A Verbandspolitik

(Anträge 1 und 2)
Da kurz vor dem Delegiertentag der Bezirksverein Sachsen/Leipzig gegründet worden ist, wurde der Antrag 1, der zunächst nur die Zustimmung des Delegiertentages zur Gründung des Bezirksvereins Sachsen/Dresden sowie deren Aufnahme in die VHP zum Inhalt hatte, um den BzV Sachsen/Leipzig erweitert. Die einstimmige Annahme wurde mit Beifall der Delegierten untermauert.
Antrag 2 (VHP im Beirat der Führungsakademien) war ebenfalls nicht umstritten, zumal die Mitarbeit in den Beiräten bereits seit längerem gefordert wird; die Annahme war ebenfalls einstimmig.

B Berufspolitik/Laufbahninteressen

(Anträge 3 bis 13)

Herr Paffen, der schon in seinem berufspolitischen Lagebericht u. a. auf die Belastungen der Führungskräfte in Ballungsgebieten hingewiesen hatte, schlug vor, die Anträge 3 und 4 (finanzielle Förderung von Führungskräften in Ballungsgebieten) zusammengefaßt zu behandeln, da sie sich inhaltlich glichen. Beide wurden einstimmig angenommen.

Während Antrag 5 sich allgemein mit Einstellungsprämien für Führungskräfte in Ballungsgebieten beschäftigte, begrenzte Antrag 6 diese Forderung auf qualifizierte Nachwuchswirtschaftswissenschaftler. Da dieses Problem insbesondere in Ballungsgebieten künftig aller Voraussicht nach größer werden wird, gab es breite Zustimmung, bei Antrag 5 mit 2, bei Antrag 6 mit 4 Enthaltungen.

Antrag 7 (Einsetzen des Vorstands für schnellstmögliche Übernahme der Kollegen in den neuen Bundesländern) wurde wieder einstimmig angenommen. Allerdings wurde darüber diskutiert, ob dieser Antrag vom Vorstand überhaupt zeitlich umgesetzt werden könnte, da die letzten Übernahmeentscheidungen in nächster Zeit zu erwarten seien.

Der Vertreter des Bezirksvereins Sachsen/Dresden nutzte bei diesem Thema die Gelegenheit zu einem Dank für die Einladung sowie zu einer kurzen Stellungnahme aus Sicht der Betroffenen. Er bestätigte die Unsicherheit und schilderte die damit verbundenen Identitätsprobleme.

Antrag 8, die künftige Bedeutung des Beamtenverhältnisses bei Telekom beinhaltend, wurde zurückgezogen, da vom Bundesvorstand zu diesem Thema eine Resolution vorgelegt wurde. Herr Otte stellte diese Resolution vor und erläuterte sie ausführlich (wird abgedruckt).

Antrag 9 wurde nach textlicher Änderung (statt der Beschäftigung von Beamten des „höheren nichttechnischen Dienst" bei den Ämtern der DBP TELEKOM wurde „höherer allgemeiner Verwaltungsdienst" präferiert) mit 4 Enthaltungen angenommen.

Die in Antrag 10 niedergelegte Kritik an der Personalpolitik der DBP-Unternehmen in den Bereichen DPt und DHt wurde grundsätzlich bestätigt. Um diesen Komplex jedoch noch einmal eingehend zu durchleuchten, wurde der Antrag als Material an den Bundesvorstand überwiesen.

Mit dem Führungsnachwuchs beschäftigten sich noch einmal Anträge 11 bis 13. Keines dieser Themen (Verbesserung von Anwärterbezügen DPF, vorausschauende Rekrutierung von Führungsnachwuchs und Kürzung des Vorbereitungsdienstes) war umstritten, alle drei wurden angenommen.

C Besoldung

(Anträge 14 bis 17)

Die Forderung nach leistungsgerechter Bezahlung der Führungskräfte (Antrag 14) war in ihrer allgemeinen Formulierung unkritisch und wurde mit 2 Enthaltungen angenommen.

Probleme gab es allerdings mit den beiden Anträgen 15 und 16. Hierin wurde der Bundesvorstand aufgefordert, sich gegen die in der Öffentlichkeit immer wieder diskutierte Forderung zu wehren, dem öffentlichen Dienst allgemein und dem höheren Dienst im besonderen Sonderopfer zuzumuten. Es wurde beschlossen, daß angesichts der jüngsten Abschlüsse der Tarifparteien die aktuelle Brisanz nicht mehr gegeben sei. Die Anträge wurden als Material überwiesen.

Antrag 17 wurde zurückgezogen, da die Problematik der Nachwuchsgewinnung bereits diskutiert worden war und die Forderung nach erheblicher Verbesserung der Besoldungsstruktur umfassend im neu eingebrachten Antrag 18a behandelt wurde.

D Bewertung

(Anträge 18 bis 20)

Der Bundesvorstand wurde vor einem Jahr vom Delegiertentag beauftragt, die immer wieder geäußerten Forderungen zum Thema „Bewertung von Dienstposten des höheren Dienstes" zusammenzufassen und aufeinander

abzustimmen. Dazu wurde in den vergangenen Monaten von den Kollegen Goldammer, Crede, Gundlach und Bell ein Positionspapier erarbeitet, das nunmehr dem Gremium vorgestellt wurde. Im neu eingebrachten Antrag 18a wird vorgeschlagen, dieses Positionspapier zu beschließen.
Nach längerer Diskussion, ob beispielsweise die VHP mit ihren Forderungen im Vergleich zum VdPI nicht zu zaghaft sei und man nicht höhere prozentuale Ansätze fordern sollte (s. a. Antrag 19 mit der Forderung eines Verhältnisses von 50:50 für die Leiter der Fernmeldeämter), wurde das Positionspapier in der vorliegenden Fassung verabschiedet. Antrag 18 war damit ebenfalls angenommen, Antrag 19 wurde zum Material genommen.
Antrag 20, der forderte, die AbtL-Dp der Abteilung V/K dem höheren Dienst zuzuordnen, wurde im gegensatz zum folgenden Antrag ohne weiteres angenommen.

E Unternehmenspolitik

(Anträge 21 bis 38)
Der Antrag 21 ging in seinem Ansatz wesentlich weiter als die bisherigen Forderungen. Irrtümlich dem Thema „Bewertung" und nicht dem Kapitel „Unternehmenspolitik" zugeordnet, ging er in seiner Forderung nach grundsätzlich eigener Zuständigkeit für die Verlagerung der Personalpostenbewertungen bei den Ämtern T sowie der Abschaffung von Obergrenzen beim Bewertungstausch den meisten Delegierten zu weit. Selbst das Plädoyer, daß dieses wichtige Aufgaben der Führungskräfte in den Ämtern sein sollten, konnte nicht überzeugen. Mit einer Zustimmungsquote von 35 %, Enthaltungen in Höhe von 26 % und 39 % Enthaltungen wurde der Antrag abgelehnt.
Die Anträge 22 bis 24 betrafen die Zukunft der Direktionen P und T als regionale Mittelbehörden und wurden deshalb zusammengefaßt behandelt. Herr Burkhart wies darauf hin, daß bereits beim Delegiertentag in Bremen eine umfangreiche Untersuchung über die Zukunft der OPDn vorlag. Die derzeitigen Überlegungen in den Generaldirektionen P und T würden die seinerzeit nicht zuletzt von ihm persönlich vorhergesehenen Tendenzen zumindest ansatzweise bestätigen. Insofern gelte seine Aufforderung an alle VHP-Mitglieder, an einer offiziellen Meinung der Vereinigung mitzuarbeiten, nach wie vor.
Da dieses Thema, wie dargestellt, eine zunehmende Bedeutung erlangen wird, wurde der Vorstand einstimmig beauftragt, weiterhin die Interessen der VHP zu wahren und bei den Unternehmensvorständen die Beteiligung der VHP an den Entscheidungen einzuklagen.
Leicht nachzuvollziehen ist die Diskussion des Antrags 25, die sich zum Thema „Dezentralisierung von überregionalen Aufgaben" ergab. Herrn Burkharts Vorschlag als Sachwalter aller Kollegen, den Antrag als Material zu überweisen, wurde deshalb ohne weiteres angenommen.
Angenommen wurden ebenfalls die Anträge 26 und 27 (Neustrukturierung des Hochbaus bei Postdienst und Telekom), 28 (Einrichtung von Posten für hauptamtliche Untersuchungsführer für durchzuführende Disziplinarverfahren, im Gegensatz zum ursprünglichen Antrag allerdings nicht nur bei Telekom) sowie 29 (Meinungsbildung zur Privatisierung).
Antrag 30 zum Thema „Bildung von Tochtergesellschaften" führte dagegen, wie zu erwarten war, zu einer kontroversen Diskussion. Ebenso wie die ordnungspolitischen Diskussionen im politischen Umfeld sind auch die internen Überlegungen zur optimalen Struktur der DBP-Unternehmen in den Unternehmensspitzen noch nicht abgeschlossen.

Bevor die VHP eine alle Mitglieder repräsentierende, abschließende Meinung vertreten kann, muß das Thema ausdiskutiert worden sein. Unabhängig davon, daß der Antrag zurückgezogen wurde, bleibt für den Bundesvorstand die Aufgabe, eine Meinungsbildung auch zu diesem Thema herbeizuführen.

Der Antrag 31 veranlaßte den Bundesvorsitzenden Burkhart, erneut darauf hinzuweisen, daß es zunehmend schwieriger wird, aus allen Bereichen die für eine fundierte Meinungsbildung im Vorstand notwendigen Informationen zu bekommen. Auch die Äußerungen des Ministers für Post und Telekommunikation im Zusammenhang mit dem Thema „Restriktionen im Monopolbereich durch das BMPT" (beispielsweise als Terminforderungen an Telekom oder als Eingriff bei Preisfestsetzungen) können ohne Hintergrundinformationen nicht gewertet werden. Nach dem Motto „audiatur et altera pars" warnte Herr Burkhart vor zu früher Reaktion. Die Delegierten folgten seiner Argumentation und stimmten zu, den Antrag zum Material zu nehmen.

Aufgrund ähnlich gelagerter Überlegungen wurde auch der folgende Antrag 32 (Netz- und Telefondienstmonopol bei Telekom) als Material an den Bundesvorstand überwiesen.

Ohne Diskussion wurde Antrag 33 (Information der VHP über Strategieüberlegungen der Vorstände) angenommen.

Am Antrag 34, der die Zusammenarbeit zwischen Postdienst und Postbank betraf, entzündete sich wiederum eine kontroverse Diskussion. Erneut kam die Frage auf, wer von den Anwesenden die derzeitige Verhandlungssituation bzw. den Verhandlungsstand zwischen beiden Unternehmen z. B. im Bereich der Kostenaufteilung für den Schalterdienst letztendlich beurteilen könne. Die Vorstellungen der Unternehmensleitungen beider Unternehmen seien nicht bekannt, insofern sei es nicht die Angelegenheit der VHP, die beiden Verhandlungspartner in die im Antrag formulierte Richtung zu drängen.

Der Antrag wurde nach einer Umformulierung (die Aufgabe des Vorstands ist es nur noch, die Entwicklung kritisch zu beobachten) mit knapper Mehrheit angenommen.

Der Antrag 34 (Zusammenarbeit zwischen Postdienst und Postbank) wurde nach intensiver Diskussion in einer Kampfabstimmung angenommen. 35, 37 und 38 wurden als überholt zurückgezogen, der Antrag 36 wurde dagegen angenommen.

Ebenso wie die Berichte des Bundesvorstandes am ersten Tag wurde die Beratung der Anträge am zweiten Tag unterbrochen durch die Vorträge von Herrn Dr. Kröske, Vorstandsmitglied der DBP TELEKOM, und Herrn Staatssekretär Görts vom BMPT. Beide Vorträge werden in unserer Zeitschrift abgedruckt.

Ausklang

Der Tagesordnungspunkt „Verschiedenes" hatte lediglich die Ausrichtung der Delegiertentage in den nächsten Jahren zum Inhalt. Abweichend von der ursprünglichen Reihenfolge Freiburg (1992) und Berlin (1993) wurde beschlossen, den Delegiertentag 1993 in München und erst 1994 in Berlin abzuhalten.

„Mit Blick auf die Uhr und den Fahrplan . . .", eine beliebte Formulierung von Herrn Burkhart in den drei Tagen in Darmstadt, beendete der Vorsitzende den Delegiertentag mit einem Dank an die Organisatoren in Darmstadt. Ebenso wie die Delegierten hätten sie zum Gelingen dieser Tagung beigetragen.

Gesellschaftlicher Rahmen

Ausklang der arbeitsreichen Tage war der Gesellschaftsabend im wie von Zauberhand in kürzester Zeit zum Ballsaal „umgebauten" Tagungsraum im Hotel Maritim. In entspannter Atmosphäre wurde endlich mehr über private als über dienstliche Dinge gesprochen.

Ein letztes Mal zauberten die Darmstädter Organisatoren diesmal einen perfekten Abend, beginnend mit einem Sektempfang und dem „Datterich-Buffet" und fortgeführt mit einer Mischung von Tanzmöglichkeit, Unterhaltung und Show-Einlagen mit dem Conferencier Toni Brandner und den „Rosanis-Sisters".

Michael Herzog

PRESSEMITTEILUNG

Die „Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost" (VHP) veranstaltet vom 6. bis 8. Mai 1991 in Darmstadt ihren diesjährigen Delegiertentag. Der Delegiertentag ist das höchste Organ der Vereinigung, der mit etwa 2.600 Mitgliedern fast alle Führungskräfte der Deutschen Bundespost (DBP) und des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation angehören.

Mittelpunkt der Eröffnungsveranstaltung am Montag im Sitzungssaal des Posttechnischen Zentralamtes in Darmstadt ist der Festvortrag des Präsidenten des Bundeskartellamtes in Berlin, Prof. Dr. Wolfgang Kartte, zum Thema „Europa und Wettbewerb".

Neben den mehr als 100 Delegierten aus dem gesamten Bundesgebiet wird eine große Zahl von Gästen aus Politik, Wirtschaft und öffentlichem Leben des In- und Auslands erwartet.

Auf dem Programm für die Arbeitssitzungen stehen Beratungen zur Unternehmenspolitik der drei Unternehmen der Deutschen Bundespost und aktuelle berufspolitische Fragen, sowie die Neuwahl des gesamten Bundesvorstandes, der die Vereinigung in den nächsten drei Jahren leiten wird.

Im Rahmen der Arbeitssitzungen wird am Dienstag Dr. Bruno Schwegmann, Ministerialdirigent im Bundesministerium des Innern, der Versammlung zu Fragen des Beamtenrechts Rede und Antwort stehen. Am Mittwoch werden Dr. Joachim Kröske, Mitglied des Vorstandes der DBP TELEKOM und Staatssekretär Frerich Görts vom Bundesministerium für Post und Telekommunikation zu der Veranstaltung erwartet.

Neben der gemeinsamen Diskussion mit Vorstandsmitgliedern der Postunternehmen sowie Vertretern der beiden Bundesministerien werden die Delegierten, unter denen erstmals auch Vertreter aus den neuen Bundesländern sein werden, u. a. über folgende Themen beraten:

Wiedervereinigung der DBP mit der DP der ehemaligen DDR

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands hat sich der Tätigkeitsbereich, in dem die drei Unternehmen der DBP tätig sind, um 100.000 qm erweitert. Die im Osten vorgefundene postalische und fernmeldetechnische Infrastruktur entspricht – gemessen an den Verhältnissen im Westen – dem Stand der 20er Jahre. Investitionsprogramme in Milliardenhöhe sind angelaufen. Von hiesigen Kollegen wird erwartet, daß sie für mehrere Jahre oder gar auf Dauer bereit sind, Lebensqualität zugunsten der notwendigen Pionierarbeit in den neuen Bundesländern aufzuopfern. Kollegen im Westen füllen die Lücken, die die im Osten eingesetzten Kollegen hier zurücklassen. Gemeinsam mit den neuen Kollegen im Osten gilt es, eine logistische und technologische Aufholjagd erfolgreich zu bestehen.

Obwohl erhebliche Erfolge bereits zu verbunden sind, sind diese subjektiv noch nicht in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen, weil sie bisher von enormen Nachfragesteigerungen nach den Dienstleistungen der Postunternehmen überlagert und konsumiert werden. Eine möglichst schnelle Angleichung der Qualität der Dienstgüte ist nur zu erreichen, wenn ein entsprechendes Klima für die Motivation und die Leistungsbereitschaft *aller* Führungskräfte der DBP geschaffen wird.

Unabdingbare Voraussetzungen hierfür sind:

- möglichst schnelle Gleichstellung der Kollegen aus den neuen Bundesländern im Hinblick auf ihr Einkommen, ihren Status und ihre beruflichen Exspektanzen.
- Gewährung von Zulagen und anderen Vergütungen für solche Kollegen, die bereit sind, in den neuen Bundesländern Pionierarbeit zu leisten und die deshalb für sich und ihre Familien eine Vielzahl von Nachteilen und Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen.
- leistungsbezogene Bezahlung aller Führungskräfte im höheren Dienst.

Sicherung eines qualifizierten Nachwuchses

Insbesondere durch das weitgehend vom Prinzip der Sparsamkeit determinierte Vergütungsgefüge für Nachwuchskräfte des höheren Dienstes bei der Deutschen Bundespost, wird es für die DBP-Unternehmen zunehmend schwieriger, in Konkurrenz zu den im Hinblick auf Leistungsanreize wesentlich freier operierenden Unternehmen der Privatwirtschaft als Anbieter von Ausbildungsplätzen für den Führungsnachwuchs zu bestehen.

GEHÖRT UND NOTIERT

- Ich werde zunehmend nervös, in Ihrem Interesse.
- Ich bin nicht in der Lage, vier Reden gleichzeitig den Verdauungsapparat zu öffnen.
- Die Masse der Anträge ist gut und harmlos.
- Mit Gottes und der 7 Zwerge Hilfe.
- Drei bis vier Bezirksvereine enthalten sich der Stimme.
- Die objektive Subjektivität gibt es nicht.
- Sie sprechen meiner leidgeprüften Seele aus der Seele.
- Mach' mich nicht naß, aber spiel mit mir.
- Ich bin der Präsident von Stuttgart und habe Null Ahnung.
- Die Uhr läßt sich nicht vergewaltigen.

RECHENSCHAFTSBERICHT DES BUNDESVORSITZENDEN

Die VHP tritt deshalb dafür ein, daß die Unternehmen der DBP den Nachwuchskräften aller Fachrichtungen im höheren Dienst eine Bezahlung bietet, die einen beruflichen Einstieg bei der DBP attraktiv macht.

Keine Übergriffe der Politik in die Unternehmen der DBP

Die Befreiung der Postunternehmen von politischen Einflußnahmen war eines der Ziele der Poststrukturreform. Zweck dieses Zieles war es, den Postunternehmen im Wettbewerb die Freiräume zu verschaffen, die für ein an betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten und an den Erfordernissen des Marktes orientiertes Handeln unerläßlich sind. Nicht zuletzt deshalb haben die VHP und die in ihr vertretenen Führungskräfte der DBP die Strukturreform in kritischer Loyalität mitgetragen.

Die ursprünglich geforderte Sonderabgabe der DBP TELEKOM in Höhe von 8 Mrd. DM innerhalb der nächsten vier Jahre widerspricht dem Sinn der Strukturreform und läßt befürchten, daß die Wettbewerbsfähigkeit der DBP TELEKOM auch in Zukunft unter politischen Einflüssen leidet. An diesem Befund ändert auch die jetzt modifizierte Abgabenregelung substantiell nichts.

Die VHP tritt deshalb mit Nachdruck dafür ein, daß politische Einflußnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen der DBP beeinträchtigen und die zu einem Imageverlust der Unternehmen in der Öffentlichkeit führen, unterbleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei jährlich wiederkehrenden Ereignissen liegt für einen Redner die lapidare Feststellung nahe, daß ein Jahr schnell vorübergeht. Und in der Tat erscheint es mir fast so, als habe der Delegiertentag in Regensburg erst vor wenigen Wochen stattgefunden. Natürlich weiß ich, daß die Zeit zwischen dem letzten Delegiertentag und diesem Jahrestreffen nicht kürzer war als frühere Jahre. Auf jeden Fall aber war das hinter uns liegende Jahr ein kurzweiliges, ja ein hektisches Jahr. Ein Jahr, das gekennzeichnet ist durch eine Reihe von bedeutenden Ereignissen und Entwicklungen im gesellschaftlichen, politischen und postalischen Bereich, die uns alle in Atem gehalten haben und die noch immer unseren ganzen Einsatz und unsere ganze Aufmerksamkeit fordern.

Lassen Sie mich diese Entwicklungen aus der Sicht eines Kollegen kurz skizzieren:

Zum Zeitpunkt unseres letzten Jahrestreffens waren die Vorstände der drei Unternehmen der Deutschen Bundespost erst kurze Zeit im Amt. Nicht wenige Führungspositionen innerhalb der Vorstände und in der Ebene darunter wurden erst im Laufe des letzten Jahres besetzt. Nur langsam wurden die neugeschaffenen Generaldirektionen handlungsfähig, erst allmählich begannen sie, aktiv in die Unternehmenspolitik einzugreifen, während man bei den OPDn dabei war, die innere Organisation der Direktionen in die Bereiche Postdienst und Telekom umzugestalten.

Zeitgleich mit diesen innerpostalischen Entwicklungen führte die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR am 3. Oktober 1990 zur Wiedervereinigung der ehemals zwei deutschen Staaten. Quasi über Nacht vergrößerte sich der Zuständigkeitsbereich der drei Postunternehmen um mehr als 100.000 km², in denen mehr als 16 Millionen Kunden mit Dienstleistungen der Deutschen Bundespost versorgt sein wollen.

Die dort vorgefundenen katastrophalen Verhältnisse brauche ich in diesem Kreis nicht zu beschreiben. Um die fünf neuen Bundesländer möglichst schnell aus dem Posthalterzeitalter und der fernmeldetechnischen Frühzeit auf das im Westen zum Standard gewordene Niveau der Post und Telekommunikation zu bringen, wurden und werden personelle und finanzielle Anstrengungen in noch nie dagewesenem Ausmaß unternommen. Ungezählte Kollegen aus den alten Bundesländern leisteten vor Ort „Erste Hilfe". Inzwischen befinden sich immer mehr Kollegen aus dem Westen in den neuen Bundesländern, um dort kurz- und mittelfristig die notwendige Aufbauarbeit zu leisten. Aber nicht nur die Kollegen, die sich unter Aufgabe mancher Annehmlichkeit bereit erklärten, den Aufbau einer modernen Post und Telekommunikation im Osten aktiv und mit einem hohen Maß an Idealismus mitzugestalten, verdienen hier erwähnt zu werden. Denn jeder, der sich bereit erklärte, in den neuen Bundesländern eine neue Aufgabe zu übernehmen, hat in seiner Heimat eine Lücke hinterlassen, die von den hiesigen Kollegen geschlossen werden muß. Dieser Umstand führt dazu, daß auch die Kollegen in den alten Bundesländern durch die Übernahme zusätzlicher Tätigkeiten Anteil haben am Aufbau des Post- und Fernmeldewesens in den neuen Bundesländern.

Postreform und Wiedervereinigung sind zwei Umstände, von denen jeder eine Jahrhundertaufgabe genannt zu werden verdient. Eine Jahrhundertaufgabe für die Unternehmen der Deutschen Bundespost aber auch für uns, deren Führungskräfte.

Dieses weder beabsichtigte noch vorhersehbare Zusammentreffen von zwei bedeutenden Aufgaben für unsere Unternehmen und ihre Führungskräfte hatte zur Folge, daß um der Sache willen unternehmerische Entscheidungen oft sehr schnell und ohne

Diskussion auf breiter Ebene getroffen werden mußten. Für den Bundesvorstand bedeutete dies, daß wir die bei den Generaldirektionen getroffenen Entscheidungen oft als Faktum hinnehmen mußten und regelmäßig nur darüber nachdenken konnten, ob diese Entscheidungen möglicherweise den Charakter von Indizien für künftige Entwicklungen haben.
Ich erinnere in diesem Zusammenhang etwa an die Spekulationen über die Errichtung von Fachdirektionen unter Aufgabe von Doppelstandorten im Westen, nachdem in den neuen Bundesländern Fachdirektionen geschaffen wurden. Nicht nur sensible Geister glaubten damals, daß die Herkunft der in den letzten Monaten neu ernannten Präsidenten aus dem einen oder anderen Unternehmensbereich ein Indiz dafür sei, welche Fachdirektion letztlich an dem jeweiligen bisherigen Doppelstandort erhalten bleibe.

Daß die eine oder andere Entscheidung innerhalb der Unternehmen unverzüglich und deshalb ohne breit angelegte Diskussion mit den Führungskräften auch in der Außenverwaltung getroffen werden mußte, ist aufgrund der dargelegten besonderen Umstände einsichtig. Ich will allerdings nicht verschweigen, daß die Auskunftsfreudigkeit der Generaldirektionen sich erheblich von dem unterscheidet, was v o r der Postreform zwischen VHP und BMPT die Regel war. Damals erhielten wir als Berufsverband regelmäßig alle BMPT-Verfügungen. Dies ist heute nicht mehr so. Heute ist Information eine Holschuld, wobei anzumerken ist, daß sich unsere Gesprächspartner nicht selten auf ein bei der Generaldirektion vereinbartes Stillschweigen über Einzelfragen berufen. Ich will den Sachwaltern bei den Generaldirektionen keine Böswilligkeit unterstellen und will annehmen, daß diese Erfahrungen ihre Ursachen darin haben, daß die neu geschaffenen Institutionen zunächst ihre innere Ordnung wiederfinden müssen. Für die Zukunft fordern wir aber, bei den Generaldirektionen gehört und umfassend informiert zu werden. Die VHP hat als einziger Berufsverband während der Vorbereitung und der Realisierung des Reformwerkes loyal zu unserem Dienstherrn gestanden und ist bereit, dies auch in Zukunft zu tun. Dies setzt aber voraus, daß man uns ernst nimmt und informiert. Loyalität setzt Information voraus. Loyalität ohne Information ist blinder Kadavergehorsam. Die Generaldirektionen wären schlecht beraten, wenn sie ihre Führungskräfte in der Außenverwaltung bei der Gestaltung der neuen Unternehmen nicht beteiligen würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Ich habe versucht, Ihnen in Erinnerung zu rufen, welche Entwicklungen innerhalb und außerhalb unserer Unternehmen im hinter uns liegenden Jahr für unsere Tätigkeit im Hauptamt maßgeblich waren. Diese Entwicklungen waren vom Bundesvorstand wegen der dargelegten Umstände kaum bzw. überhaupt nicht zu beeinflussen. Im Hinblick auf die jeweilige Unternehmenspolitik waren wir im wesentlichen darauf beschränkt, die Entwicklungen zu beobachten und ihre Konsequenzen abzuwägen. Aus diesem Grund nahm die Beratung über unternehmenspolitische Entwicklungen einen breiten Raum in der Arbeit des Bundesvorstandes ein.
Die Wiedervereinigung Deutschlands und das Verschmelzen der Deutschen Bundespost mit der Deutschen Post der ehemaligen DDR war für uns Verpflichtung, auch die Kollegen aus den alten und den neuen Bundesländern zu vereinen. Einiges ist uns gelungen, manches haben wir angefangen und viele ungelöste Fragen stellen sich immer noch.
Nach dieser kurzen Beschreibung der Großwetterlage in der Zeit seit dem 5. Mai 1990 und dem Beginn dieses Delegiertentages will ich nun Rechenschaft ablegen über die Arbeit des Bundesvorstandes, wie es unsere Satzung vorsieht.
Bevor ich aber im einzelnen Bericht erstatte, habe ich einer schmerzlichen Pflicht nachzukommen.
Ich darf Sie bitten, sich zum Gedenken an unseren Freund Hans Mehrens zu erheben.
Am 13. Juli 1990 verstarb im Alter von 90 Jahren unser Bremer Kollege Diplom-Ingenieur Hans Mehrens. Hans Mehrens war in den Jahren von 1962 bis 1965 Bundesvorsitzender unserer Vereinigung, der er zeitlebens die Treue gehalten hat. Noch bei den letzten Delegiertentagen war er, schon hoch betagt, unser Gast.

In das Gedenken beziehen wir alle anderen Mitglieder unserer Vereinigung ein, die im hinter uns liegenden Jahr für immer von uns gegangen sind.
Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren unserer verstorbenen Freunde erhoben haben. Nachdem Sie wieder Platz genommen haben, fahre ich in meinem Bericht fort.
In der Zeit seit dem letzten Delegiertentag bis heute ist der Bundesvorstand insgesamt 7 mal zusammengetreten, nämlich am 18. Mai und am 14. September in Stuttgart, am 19. Oktober in Koblenz, am 7. Dezember 1990 in Stuttgart, am 25. Januar 1991 in Nürnberg und am 5. April 1991 in Stuttgart. Die letzte Bundesvorstandssitzung im Berichtszeitraum fand am vergangenen Sonntag, dem 5. Mai 1991 hier in Darmstadt statt.
Zweimal wurde der Beirat unserer Vereinigung einberufen:
Zu der Beiratssitzung vom 19. bis zum 20. Oktober 1990 in Koblenz war es uns gelungen, Herrn Staatssekretär Frerich Görts als Gastredner zu dem Thema „Selbstverständnis des Regulierers nach erfolgter Deregulation" zu gewinnen.
Am 25. und 26. Januar 1991 tagte der Beirat in Nürnberg. Herr Nitsch, Geschäftsbereichsleiter 11 bei der Deutschen Bundespost POSTBANK, hatte sich spontan bereit erklärt, einen Vortrag über „Die Postbank und ihre Unternehmenspolitik" zu halten.
Nachdem wir bereits in der Zeit vor dem letzten Delegiertentag die Vor-

standsmitglieder Herrn Wohlfahrt von der Deutschen Bundespost POSTDIENST und Herrn Tenzer von der TELEKOM als Gastredner bei unseren Beiratssitzungen begrüßen durften, haben wir im hinter uns liegenden Geschäftsjahr unser Bestreben fortgesetzt, mit allen Unternehmen der Deutschen Bundespost und dem BMPT im Gespräch zu bleiben und uns über aktuelle Vorhaben und längerfristige Strategien aus erster Hand zu informieren.

Soweit es von der Sache her erforderlich und angesichts der übervollen Terminkalender aller Beteiligten möglich war, hat der Bundesvorstand auch informelle Gespräche im kleineren Kreis mit den Entscheidungsträgern in Bonn geführt.

So wurden am 20. 08. 90 die Kollegen Paffen, Nienhaus, Dr. Lauxmann und ich vom Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bundespost POSTDIENST, Herrn Dr. Klaus Zumwinkel, zu einem ausführlichen Meinungsaustausch empfangen. Inhaltlich ging es bei diesem Gespräch, bei dem seitens der Generaldirektion Postdienst auch Herr Walgenbach teilnahm, um die Konkretisierung der Unternehmensziele, die künftige Organisation der Oberpostdirektionen und um personalpolitische Fragen.

In einem weiteren Gespräch bei der Generaldirektion Postdienst am 5. November 1990 wurden ebenfalls personalpolitische Fragen erörtert. Seitens der Generaldirektion stand uns der Personalchef der Deutschen Bundespost POSTDIENST, Herr Bender, Rede und Antwort. Die VHP wurde bei diesem Gespräch durch die Herren Dr. Bergemann, Otte, Paffen und mich vertreten.

Über beide Gespräche haben wir in der VHP-Zeitschrift ausführlich berichtet.

Am 17. Februar 1991 schließlich wurde ich von den beiden Staatssekretären im BMPT, Rawe und Görts, zu einem Meinungsaustausch empfangen. Dabei wurde insbesondere durch den parlamentarischen Staatssekretär mit Verwunderung und Bedauern festgestellt, daß infolge der Strukturreform ein Auseinanderdriften der Kollegenschaft zu beobachten sei, das insbesondere zu einem Kontaktverlust zwischen BMPT einerseits und den Kollegen des höheren Dienstes andererseits geführt habe. In der Äußerung dieses Befundes sehe ich geradezu eine Einladung an die VHP, sich künftig der nach wie vor bedeutenden Möglichkeiten der Einflußnahme des BMPT auf die drei Postunternehmen zu erinnern und Anregungen, Kritik und Wünsche unseres Verbandes auch dort vorzutragen. Wenn auch das BMPT nach der Strukturreform nicht mehr unmittelbar die Geschicke der Postunternehmen leitet, so ist das Ministerium doch eine Institution, die auch bei den Generaldirektionen Gehör findet.

Wo es uns nicht gelang, mit kompetenten Gesprächspartnern einen Termin zu vereinbaren, oder in Fragen, bei denen es uns vor allem darum ging, unseren Standpunkt darzulegen, einen Dialog zu führen, haben wir uns schriftlich an die maßgeblichen Stellen gewandt.

Unter dem 3. September 1990 haben wir die Nachbewertung der AV-Dp in der BesGr A 16 gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bundespost POSTDIENST, Herrn Dr. Zumwinkel, schriftlich eingefordert.

Mit Datum vom 12. Oktober 1990 wurden die für das Personalwesen zuständigen Vorstandsmitglieder der Postunternehmen und der zuständige Abteilungsleiter im BMPT angeschrieben. Anliegen dieser Schreiben war der Fortbestand des Verzeichnisses der höheren Beamten der Deutschen Bundespost, der sogenannten „Streberliste", auch „schlaues Buch" genannt. Ob das Verzeichnis auch in Zukunft erscheinen wird, kann derzeit noch nicht verläßlich gesagt werden. Jedenfalls haben wir unser dringendes Interesse daran bekundet. Wenn es gelingt, das Sammeln der Daten bei den einzelnen Unternehmen und dem BMPT organisatorisch in den Griff zu bekommen und die Frage der redaktionellen Betreuung geklärt ist, hat die „Streberliste" nach meiner Einschätzung durchaus die Chance, die Neuorganisation der DBP zu überleben.

Im Januar 1991 haben wir uns mit Schreiben an die maßgeblichen Bundesministerien und die Generaldirektionen in der laufenden Besoldungs- und Tarifrunde zu Wort gemeldet und nach den Magerkuren der letzten Jahre deutliche Einkommensverbesserungen auch für Führungskräfte im öffentlichen Dienst gefordert. Weitere Sonderopfer des öffentlichen Dienstes haben wir entschieden abgelehnt.

Inzwischen hat das Bundeskabinett entschieden, daß die Beamtengehälter rückwirkend zum 01. 03. 91 um 6 % angehoben werden. Damit kommen die Beamten gegenüber dem Tarifpersonal um zwei Monate später in den Genuß der Einkommensverbesserungen. Und es ist in der Tat nach Lage der Dinge das Erreichte kein Anlaß zum Jubel, andererseits darf aber nicht übersehen werden, daß auch eine Gehaltserhöhung um 6 % angesichts der Kosten der Wiedervereinigung und der dadurch bedingten angespannten Situation der öffentlichen Haushalte zu Beginn der Tarifverhandlungen von vielen als unrealistisch hoch empfunden wurde.

Mit Schreiben vom 28. Januar 1991 haben wir uns im Interesse unserer Kollegen in den *neuen* Bundesländern an die Vorstandsvorsitzenden der drei Postunternehmen gewandt. Die Kollegen waren an den Bundesvorstand herangetreten und klagten über ihre Verunsicherung hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft. Zum Teil hatten die Kollegen nur bis zum Januar 1991 befristete Arbeitsverträge. Da die Verfahren zur Besetzung der Dienstposten des höheren Dienstes bei den Ämtern und Direktionen bis dahin nicht abgeschlossen werden konnten, haben wir uns bei den Generaldirektionen dafür eingesetzt, die Kollegen wenigstens über die notwendigen Übergangsregelungen

bis zur endgültigen Dienstpostenbesetzung in den neuen Bundesländern zu informieren und Ziel, Zweck und Ablauf des Accessment-Center-Verfahrens bekanntzugeben.
Gleichzeitig hat der Bundesvorstand einen Katalog von Empfehlungen für die Teilnahme am AC-Verfahren erarbeitet und den neuen Kollegen zugänglich gemacht.
Am 1. März 1991 haben wir schließlich ein Rundschreiben an die Bereichsleiter Telekom und die Präsidenten des FTZ und des Zentralamtes für Mobilfunk versandt, in dem wir darum bitten, auch jüngeren Kollegen die Teilnahme an den „Europäischen Fernmeldetagen" der FITCE zu ermöglichen, die in diesem Jahr vom 02. bis 07. 09. in Straßburg stattfinden.

Die Pflege der Beziehungen der VHP zu anderen Berufsvereinigungen ist eine Daueraufgabe des Bundesvorstandes. Soweit es um die Kontakte zur AHD, FITCE und FEFAS geht, verweise ich auf die Tätigkeitsberichte unserer jeweiligen Beauftragten, die im weiteren Verlauf des Delegiertentages zu Ihnen sprechen werden. Ergänzend hierzu möchte ich anmerken, daß Kollege Paffen unsere Vereinigung am 25. Juni 1990 in Berlin bei der Jahrestagung der VHB, dem Pendant für die Kollegen des höheren Dienstes bei der Bundesbahn, vertreten hat.

Gemeinsam mit dem Kollegen Bock habe ich am 26. September 1990 in Essen dem VDPI bei dessen Jahrestagung die Reverenz erwiesen. Am 13. Februar 1991 habe ich am „Aschermittwochsgespräch" der AHD teilgenommen.

Neben diesen im einzelnen dargelegten Aktivitäten des Bundesvorstandes mußte eine Vielzahl von Telefonaten geführt und Briefe geschrieben werden, um die erwähnten Gesprächstermine zu vereinbaren und die durchgeführten Veranstaltungen inhaltlich und organisatorisch zu bewältigen. Nicht zuletzt war es auch die Ausrichtung dieses Delegiertentages, die den Bundesvorstand in den letzten Monaten intensiv beschäftigte.
Zur internen Meinungsbildung wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit der Erarbeitung von Diskussionsgrundlagen für die weitere Arbeit des Bundesvorstandes beschäftigten.
Die Arbeitsgruppe „Bewertung" hat im Januar dieses Jahres dem Bundesvorstand ein umfangreiches Papier vorgelegt, das im neuen Bundesvorstand noch beraten werden muß.
Eine weitere Arbeitsgruppe befaßt sich derzeit mit der Frage der Privatisierung von Teilen der Postunternehmen. Insoweit besteht zwar derzeit kein konkreter Handlungsbedarf. Der Bundesvorstand ist jedoch der Überzeugung, daß wir uns eine Meinung bilden müssen, bevor wir künftigen Entwicklungen, etwa im Zusammenhang mit dem europäischen Binnenmarkt, sprachlos gegenüberstehen.
Ein Schwerpunkt in der Arbeit des Bundesvorstandes ergab sich aus der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und dem damit verbundenen Zusammenschluß der beiden Postverwaltungen im Osten und im Westen.

Unmittelbar nach dem Zusammenschluß begannen Gewerkschaften und Berufsverbände damit, in den neuen Bundesländern Mitglieder zu werben und Dépendancen im Osten zu gründen. Im Bundesvorstand war man sich von Anfang an darüber einig, daß die Repräsentanz der VHP auch in den neuen Bundesländern längerfristig zu einer Überlebensfrage der VHP werden könnte und daß deshalb die Gründung von Bezirksvereinen im Beitrittsgebiet Ziel der VHP sein müsse. Unterschiedliche Auffassungen wurden jedoch über das Wann und Wie der Mitgliederwerbung vertreten. Bedenken gegen eine offensive Mitgliederwerbung ergaben sich insbesondere aus dem Umstand, daß niemand sagen konnte, welche Kollegen der ehemaligen Deutschen Post künftig auch dem höheren Dienst bei den Unternehmen der Deutschen Bundespost angehören würden. Wir waren uns auch nicht sicher, ob bei den neuen Kollegen nicht ein Widerwillen dagegen bestand, sich schon bald nach der Wende wieder in einem Verband zu organisieren. Und schließlich wurde befürchtet, daß eine Mitgliedschaft der neuen Kollegen in der VHP von diesen als der untaugliche Versuch mißverstanden werden könnte, sich einen Anspruch auf eine Verwendung im höheren Dienst der DBP zu sichern. Trotz dieser anfänglichen Unsicherheiten wurde bald Übereinstimmung darin erzielt, Mitglieder zu werben, wo sich die Gelegenheit dazu bietet. Bereits am 1. November 1990 konnten in Dresden acht VHP-Mitglieder geworben werden. Am 15. Dezember konstituierte sich der Bezirksverein Sachsen/Dresden. Mittlerweile sind ca. dreißig Kollegen Mitglieder des dortigen Bezirksvereins.
Inzwischen liegen weitere Anträge auf Mitgliedschaft in der VHP vor und wir erwarten in absehbarer Zeit die Gründung weiterer Bezirksvereine insbesondere in Leipzig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Die Mitgliederwerbung in den neuen Bundesländern und die Gründung von Bezirksvereinen ist eine Aufgabe, die uns alle angeht. Eine Vereinigung wie die VHP ist auf Dauer nur dann lebensfähig und wird von unseren Gesprächspartnern nur dann ernst genommen, wenn die Kollegenschaft möglichst lückenlos in ihr organisiert ist. Aus dieser Erkenntnis heraus habe ich selbst jede Gelegenheit wahrgenommen, um vor Ort für unser Anliegen zu werben. Daß ich dabei manchen Kollegen bei der Bitte um Unterstützung bedrängt habe, bedauere ich zwar. Dies habe ich gleichwohl im Interesse der gemeinsamen Sache billigend in Kauf genommen und ich gelobe, darin auch künftig fortzufahren.
Mein Rechenschaftsbericht wäre unvollständig, wenn ich an dieser Stelle nicht auch auf ein Thema zu sprechen käme, das ich bei allen Bundesvorstands- und Beiratssitzungen zum Gegenstand meiner Ausführungen

BERUFSPOLITISCHER LAGEBERICHT

machte und ich befürchte fast, daß die häufige Wiederholung dazu führt, daß das folgende als längst bekannt abgehakt und unreflektiert den Vermerk „erledigt" erhält. Gleichwohl kann ich Ihnen die folgenden Ausführungen nicht ersparen:

Nach unserer Satzung erheben wir den Anspruch, die Kollegen bei den drei Postunternehmen, beim Direktorium und beim BMPT einschließlich seiner nachgeordneten Dienststellen zu vertreten. Interessenvertretung setzt aber voraus, daß wir erfahren, was bei den einzelnen Organisationseinheiten geschieht und welches die Interessen der dortigen Kollegen sind. Die Kollegen sind also gehalten, Informationen an uns heranzutragen, wenn sie erwarten, daß wir für sie tätig werden. Dieses Zuspielen von Informationen hat bisher leidlich funktioniert, soweit es um die DBP TELEKOM und die DBP POSTDIENST ging. Aus dem Unternehmen Postbank ist der Informationsfluß nahezu gleich null. Von den Kollegen beim BMPT und den nachgeordneten Dienststellen fehlt seit langem jedes Lebenszeichen. Reanimationsversuche dergestalt, daß ich im BMPT bei einzelnen Kollegen vorsprach, um sie für eine aktive Mitarbeit im Bundesvorstand zu gewinnen, blieben ohne nachhaltigen Erfolg. Man hat mich zwar überall durchaus freundlich empfangen und Sympathie für die gemeinsame Sache bekundet, in der Zusage aktiver Mitarbeit war man jedoch äußerst zurückhaltend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Vereinigung lebt von der Information, die aus den einzelnen Organisationseinheiten an uns herangetragen wird. Nur wenn wir informiert sind, sind wir ernstzunehmende Gesprächspartner, und nur wenn man uns ernst nimmt, sind wir in der Lage, die Kollegeninteressen wirksam zu vertreten. Und nur wenn wir Erfolge im Kollegeninteresse vorweisen können, sind wir als berufsständische Vereinigung für unsere Mitglieder und für die jungen Kollegen attraktiv. Ich appelliere deshalb an alle Kollegen in allen Organisationseinheiten: Zögern Sie nicht, dem Bundesvorstand aufzuzeigen, wo Sie Handlungsbedarf sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im weiteren Verlaufe dieses Delegiertentages werden Sie den gesamten Bundesvorstand unserer Vereinigung neu wählen. Dies wäre an sich in einem demokratischen Gemeinwesen nichts Bemerkenswertes, wenn diese Wahl nicht durch zwei Fakten gekennzeichnet wäre.

Zum einen wird der neue Bundesvorstand erstmals nach den Regeln der in Regensburg vor einem Jahr geänderten Satzung und auf der Grundlage der neuen Wahlordnung gewählt. Zum anderen ist schon jetzt absehbar, daß der neue Bundesvorstand erheblich anders aussehen wird als der noch amtierende. Eine Reihe von Kollegen, die Ihnen als Leistungsträger und verläßliche Sachwalter im Kollegeninteresse seit Jahren, zum Teil seit vielen Jahren bekannt sind, werden für eine Wiederwahl nicht mehr bzw. nicht mehr in der alten Funktion zur Verfügung stehen. Aus dem Bundesvorstand ausscheiden werden die Kollegen Paffen, Müller und Goldammer, die innerhalb des Bundesvorstandes zu Institutionen geworden sind.

Kollege Paffen wurde 1968 zum Geschäftsführer des Hauptvorstandes gewählt und war seither ununterbrochen im Bundesvorstand aktiv, dem er bis 1988 acht Jahre lang als Bundesvorsitzender vorstand. In den letzten drei Jahren war er stellvertretender Bundesvorsitzender. Obwohl wir seinen Sachverstand gepaart mit seiner Bereitschaft, überall mitzuarbeiten, wo er gebraucht wurde, vermissen werden, habe ich Verständnis dafür, daß er nach dieser langen Zeit des selbstlosen Einsatzes Abschied nehmen will vom aktiven Dienst innerhalb der VHP.

Daß Du, lieber Jonny, in diesem Kreis auch künftig gerne gesehen bist, bedarf keiner Versicherung. Wir danken Dir für die geleistete Arbeit und hoffen, daß Du uns auch in Zukunft wenigstens als Berater in Einzelfragen unter die Arme greifen wirst. Im übrigen wirst Du dem Bundesvorstand ja aufgrund der sogenannten „lex Wehran" für weitere drei Jahre angehören.

Herr Müller, der die VHP seit vielen Jahren innerhalb der AHD vertrat, wird ebenfalls nicht mehr für das Amt des Beauftragten für Angelegenheiten der AHD kandidieren.

Herr Goldammer hat sich aus persönlichen Gründen entschieden, nicht wieder für den Bundesvorstand zu kandidieren. Auch Ihnen, Herr Müller und Herr Goldammer, danken wir für die geleistete Arbeit.

Herr Schicker wird nicht mehr für sein bisheriges Amt als Bundesgeschäftsführer kandidieren.

Herr Schicker trägt sich mit der Absicht, sich beruflich zu verändern, so daß die erneute Übernahme der Bundesgeschäftsführung wegen eines möglicherweise bevorstehenden Wechsels des Dienstortes nicht mehr möglich ist. Herr Schicker ist jedoch bereit, das Amt eines Beisitzers zu übernehmen, so daß die Hoffnung besteht, daß uns sein Sachverstand erhalten bleibt. Für die geleistete Arbeit in den bisherigen Funktionen danke ich auch ihm.

Wegen des bevorstehenden Wechsels innerhalb des Bundesvorstandes haben wir uns in den letzten Wochen bemüht, Kollegen zur Kandidatur zu bewegen, von denen wir wissen, daß sie einerseits sachverständig und andererseits bereit sind, sich aktiv für die gemeinsame Sache im Kollegeninteresse zu engagieren.

Die Kandidatur der jungen Kollegen, die Ihnen im einen oder anderen Fall bekannt sind, bietet die Gelegenheit, im Bundesvorstand allmählich den notwendigen Generationswechsel einzuleiten, der letztlich Voraussetzung für einen kontinuierlichen Fortbestand unserer Vereinigung ist. Bereits im Kapitel 3 der Klosterregel des Heiligen Benediktus ist bestimmt, daß zur Beratung alle gerufen werden, „weil der Herr oft einem Jüngeren offenbart, was das Bessere ist". Auch insoweit

sollten wir jungen Kollegen aufgeschlossen gegenüberstehen. Gerade jetzt, wo sich das Gesicht der Deutschen Bundespost erheblich verändert hat und noch weiter verändern wird, halte ich es für notwendig, auch jüngere Kollegen in die Verantwortung zu nehmen.
Wenn ich von der Überleitung der Verantwortung in jüngere Hände rede, dann ist es mir ein Anliegen, auf eine Wachablösung aufmerksam zu machen, die sich fast unmerklich vollzogen hat und die nur für denjenigen nachvollziehbar ist, der auch Kleingedrucktes zu lesen versteht.

Bis zum Dezemberheft 1989 haben die Kollegen Schark, Heise, Plath und Schmedes die Redaktion unserer VHP-Zeitschrift gestellt und die Zeitschrift zu dem gemacht, was sie heute ist: das repräsentative, ansprechend aufgemachte und gern gelesene Organ unserer Vereinigung.
Bis zum Heft 3 des Jahres 1990 wurde die Redaktion um die Kollegen Lieberknecht, Herzog und Staben erweitert und seit der Oktoberausgabe 1990 firmieren die jungen Kollegen allein als die Redaktion der VHP-Zeitschrift. Der alten Mannschaft danke ich noch einmal für die geleistete Arbeit und insbesondere dafür, daß sie den Wechsel in der Redaktion harmonisch und ohne Reibungsverluste vollzogen hat. Wenn ich von einer unmerklichen Wachablösung gesprochen habe, dann wollte ich damit zum Ausdruck bringen, daß der Wechsel auf der Brücke des Schiffes keine nachhaltigen Kursabweichungen zur Folge hatte. Für ihre Bereitschaft, die VHP-Zeitschrift künftig redaktionell zu betreuen, bedanke ich mich bei den Kollegen aus Hamburg auch im Namen aller Leser recht herzlich.
Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bevor ich zum Schluß komme, erlauben Sie mir bitte, daß ich auf die letzten drei Geschäftsjahre dieses Bundesvorstandes, dessen Amtszeit mit diesem Delegiertag endet, noch einmal zurückblicke.
Als Sie den amtierenden Bundesvorstand vor drei Jahren in Koblenz wählten, waren die Architekten der neuen Poststruktur damit beschäftigt, einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten, der schließlich am 1. Juli 1989, wenige Wochen nach unserem Jahrestreffen in Bremen, in Kraft trat. In der Folge wurden aus dem alten BMPT die neuen Organisationseinheiten entwikkelt. Die drei Generaldirektionen, das Direktorium und das BMPT mit seinem geänderten Aufgabenzuschnitt nahmen am 01. 01. 90 offiziell ihre Tätigkeit auf. Prägendes Thema dieser Phase der Postreform war die Neuorganisation der mittleren Lenkungsstufe. Zwischenzeitlich ist das Wirken der neuen Vorstände spürbar geworden. Während wir 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung Deutschlands, das 500jährige Bestehen der modernen Post feierten, wurde etwa beim Postdienst, in der Öffentlichkeit unbemerkt, an einem Konzept für den Paketdienst gearbeitet, das zu Beginn dieses Jahres von allen Entscheidungsträgern gutgeheißen wurde und das jetzt realisiert werden soll. Neue Konzepte für den Brief- und Schalterdienst sollen folgen.

Mit diesen dürren Sätzen ist eine kurze Zeitspanne markiert, die doch tiefergreifende Veränderungen innerhalb der ehemaligen Deutschen Bundespost beinhaltete.
Das gesamte Reformwerk wurde von der VHP sachkundig und kritisch begleitet. Und in der Tat war die Postreform und ihre Auswirkungen auf die Exspektanzen der Kollegen und die Zukunft unserer Unternehmen ständiger Gegenstand der Beratungen des Bundesvorstandes. Wegen der sich zeitweise fast überschlagenen Ereignisse und der Fülle der Themen, zu denen wir uns zu äußern nach unserem Selbstverständnis verpflichtet fühlten, gaben wir alles, was wir zu geben imstande waren. Und wenn ich heute vor Ihnen stehe und Rechenschaft ablege über die Arbeit des Bundesvorstandes, dann bin ich doch bloß in der Lage, Ihnen zu sagen, was wir *getan* haben. Was wir *erreicht* haben, ist weit schwerer zu fassen.
Der Erfolg hat viele Väter! Aber niemand wird uns die Vaterschaft in diesem Sinne streitig machen, wenn ich Ihnen Erfolge nenne, die der Bundesvorstand unserer Vereinigung oft über Jahre hinweg eingeklagt hat. Folgende Forderungen der VHP wurden inzwischen erfüllt:

- Die Absenkung der Eingangsbesoldung für den höheren Dienst wurde mit Wirkung zum 01. 01. 90 zurückgenommen.
- Seit dem 01. 01. 90 erhalten alle höheren Beamten eine Zulage in Höhe von 60,00 DM.
- 30 % der Amtsvorsteher der Besoldungsgrppe A 16 erhalten künftig eine ruhegehaltsfähige Amtszulage in Höhe von knapp 250,00 DM.
- In den Stellenplänen 1990 wurden die Beförderungsplanstellen deutlich ausgeweitet.
- Die Stellenschlüssel für Referatsleiterdienstposten bei den OPDn sowohl im Bereich Telekom als auch beim Postdienst wurden deutlich verbessert. Danach werden 40 % der Dienstposten nach A 15 und 60 % nach A 13/14 ausgewiesen.
- Und schließlich wurde der Nachwuchs für den höheren technischen Dienst in die Anwärtersonderzuschlagsverordnung einbezogen. Das bedeutet, daß diese Kollegen einen Sonderzuschlag in Höhe von 35 % der Anwärtergrundbezüge erhalten.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!
Wir haben einiges erreicht und manches auf den Weg gebracht. Auch in den nächsten Jahren wird uns die Poststrukturreform und ihre Auswirkungen insbesondere auf die Mittelinstanzen beschäftigen. Die sich daraus ergebenden Forderungen, die im Kollegeninteresse und mit Blick auf das Selbstverständnis des höheren Dienstes der Deutschen Bundespost und dem BMPT artikuliert und erhoben werden

BERUFSPOLITISCHER LAGEBERICHT

müssen, werden die Aufgabe des neuen Bundesvorstandes sein.
Meine Kolleginnen und Kollegen,
erlauben Sie mir zu guter letzt noch ein persönliches Wort.
Lassen Sie mich Ihnen allen am Ende der dreijährigen Wahlperiode sehr herzlich danken für Ihre Begleitung.
Ich weiß, daß ich Ihre Duldsamkeit mancher Impulsivität gegenüber immer wieder in Anspruch nehmen mußte. Ich weiß auch, daß ich ohne Ihre Unterstützung und ohne den gemeinsamen Gedankenaustausch jene Motivation nie gefunden hätte, die für unser standespolitisches Wirken nun einmal unerläßlich ist.
Nehmen Sie, die Sie von nah und fern gekommen sind, nochmals meinen sehr herzlichen Dank entgegen, den ich mit allen guten Wünschen für unsere Vereinigung verbinde.
Glückauf in eine hoffnungsfrohe Zukunft!
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vergiß Leprakranke nicht!

DAHW
Deutsches Aussätzigen-Hilfswerk e.V.

Spendenkonto: 9696
Postscheck Nürnberg (BLZ 760 100 85)
Städt. Spark. Würzburg (BLZ 790 500 00)

Hinsichtlich der Berufspolitik (allgemeine Beamtenangelegenheiten, Laufbahn- und Besoldungsfragen) war das abgelaufene Geschäftsjahr kein besonders ereignisreiches und aufregendes Jahr. Das liegt aber nicht etwa daran, daß der Bundesvorstand keine Initiativen entwickelt und sich auf die faule Haut gelegt hätte, sondern beruht vielmehr darauf, daß trotz des Wahljahres 1990 weder die für die allgemeine Berufspolitik zuständige Bundesregierung noch die für spezielle Angelegenheiten der Post zuständigen Vorstände der 3 Postunternehmen gravierende Veränderungen des Beamten-, Laufbahn- und Besoldungsrechts vorgenommen oder geplant haben, insbesondere nicht für den höheren Dienst.
Das als Ausfluß des Strukturberichts der Bundesregierung von Oktober 1988 anzusehende "5. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften" (Strukturgesetz 1990), das eine Reihe von Strukturverbesserungen insbesondere für den einfachen und mittleren Dienst beinhaltete, wurde zwar erst nach unserem letzten Delegiertentag vom Bundesrat verabschiedet und am 28. 05. 90 im Bundesgesetzblatt verkündet, trat aber rückwirkend zum 01. 01. 90 in Kraft. Dementsprechend habe ich darüber bereits beim Delegiertentag in Regensburg berichtet, so daß ich auf dieses Gesetz nur insofern eingehen werde, als Regelungen des Gesetzes im abgelaufenen Berichtsjahr durch Rechtsverordnungen umgesetzt wurden.

1. Allgemeine besoldungspolitische Situation

In den letzten 3 Jahren sind den Bediensteten des öffentlichen Dienstes bei den Lohn- und Gehaltserhöhungen regelmäßig „Magerkuren" verordnet worden, nämlich Einkommensverbesserungen von lediglich 2,4 % (1988), 1,4 % (1989) und 1,7 % (1990).
Wegen der steigenden Lebenshaltungskosten führte das in den letzten beiden Jahren sogar zu Kaufkraftverlusten der öffentlich Bediensteten. Eine Abwanderung besonders leistungsstarker Beamten in die Privatwirtschaft, insbesondere in den Ballungsgebieten, begann sich abzuzeichnen. Um das Einkommensgefälle zwischen vergleichbaren Funktionsträgern in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst nicht noch größer werden zu lassen, stand von vornherein fest, daß die Verbesserungen deutlich höher ausfallen mußten als in den Jahren 1988—1990, wenn auch die gewerkschaftlichen Forderungen von 10 bzw. 10,5 % überzogen waren.
Der zustandegekommene Tarifabschluß mit einer Lohnerhöhung von 6 v. H. ist ein vertretbarer Kompromiß.

Der am 17. 04. 91 vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetzentwurf, wonach Beamte nur mit zweimonatiger Verzögerung (01. 03. statt 01. 01. 91) im Vergleich zum Tarifabschluß für die Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Dienstes diese sechs Prozent mehr Einkommen erhalten, sollte von uns im Grundsatz als Beitrag der Beamten zur Finanzierung der deutschen Einheit akzeptiert werden. Immerhin mußten die Tarifkräfte des öffentlichen Dienstes wie alle Arbeitnehmer zusätzliche Belastungen infolge der Erhöhung der Arbeitslosenversicherung um 1,25 %, der Sozialversicherung insgesamt um 0,75 %, hinnehmen. Deshalb kann man nicht von einem Sonderopfer der Beamten sprechen.
Ein ebenfalls in der Diskussion gewesener prozentualer Abschlag der Besoldungserhöhung der Beamten gegenüber den Tarifkräften wäre ungünstiger gewesen, weil sich dies negativ auf die Besoldungserhöhungen der kommenden Jahre ausgewirkt hätte, die ja immer auf dem Ergebnis des Vorjahres aufbauen.
Allerdings wäre ein reales Äquivalent zu den um 0,75 % höheren Sozialabgaben der Tarifkräfte, die erst ab 01. 04. wirksam werden, eine Verschiebung von rund fünf Wochen gewesen, und nicht um zwei Monate. Das wäre technisch natürlich nur schwer zu be-

werkstelligen gewesen. Mit dieser aufgestockten Verzögerung holen sich die öffentlichen Hände mehrere Hundert Millionen DM von den Beamten zusätzlich in ihre Kassen.
Ganz entschieden müssen wir uns dagegen wenden, daß die um zwei Monate verzögerte Anhebung der Bezüge der Beamten auch für die Versorgungsbezüge der Ruhestandsbeamten gilt. Denn für die Pensionäre wäre die Verschiebung des Beginns der Bezügeerhöhung in diesem Jahr tatsächlich ein Sonderopfer, weil die ihnen vergleichbaren Rentner keine Einbußen erleiden. Diese zahlen ja keine erhöhten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Hinzu kommt, daß die Pensionäre, die im Gegensatz zu den Rentnern Steuern zahlen, ab Juli zusätzlich von den Steuerzuschlägen erfaßt werden.
Dies scheint auch der Bundesminister des Innern erkannt zu haben, denn er will dieses Unrecht durch die Wiedereinführung eines Anpassungszuschlages, der bis 1984 gezahlt wurde, ausgleichen. Damit werden die Ruhestandsbeamten auch an solchen Einkommenserhöhungen beteiligt, die auf strukturellen Verbesserungen für die aktiven Beamten beruhen. Schon in diesem Jahr sollen im Vorgriff darauf die Pensionen um 0,4 % zusätzlich angehoben werden, so daß ihre Bezügeerhöhung 6,4 v. H. ab 01. 03. betragen würde.
Auch die Tatsache, daß die Besoldungserhöhung dieses Jahres linear erfolgte, also ohne Sockel- oder Mindestbeträge, ist aus unserer Sicht positiv zu bewerten, weil damit eine weitere Nivellierung vermieden wurde. Dabei ist in Richtung Gewerkschaften dankbar zu vermerken, daß auch diese rein lineare Verbesserungen gefordert hatten.

2. Spezielle Besoldungsregelungen

2.1 Änderung der Anwärtersonderzuschlags-Verordnung

Seit Jahren haben wir darauf hingewiesen, daß den Anwärtern des gehobenen technischen Dienstes neben den Anwärterbezügen ein Anwärtersonderzuschlag in Höhe von 35 v. H. des Anwärtergrundbetrages gezahlt wird, während der höhere technische Dienst in diese Anwärtersonderzuschlags-Verordnung nicht einbezogen war. Dies führte zu dem unverständlichen Zustand, daß die Anwärter (Referendare) des höheren technischen Dienstes um ca. 100,00 DM geringere Anwärterbezüge erhielten als Anwärter des gehobenen Dienstes.

Der Bundesminister des Innern als Verordnungsgeber hat endlich ein Einsehen gehabt und unsere Forderung nach Einbeziehen des höheren technischen Dienstes durch die „Vierte Verordnung zur Änderung der Anwärtersonderzuschlags-Verordnung" vom 21. 05. 90 erfüllt. Voraussetzung ist danach allerdings, daß ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern besteht. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, entscheidet die jeweilige oberste Dienstbehörde, also bei der DBP die Generaldirektion, nach pflichtgemäßem Ermessen.
Die Generaldirektionen Postdienst und Telekom haben durch Verfügungen von August und September 1990 von der Neufassung der Anwärtersonderzuschlags-Verordnung Gebrauch gemacht, so daß nunmehr die Anwärter des höheren technischen Dienstes aller Laufbahnen in beiden Unternehmen Anwärtersonderzuschläge erhalten. Hierdurch will man qualifizierten Bewerbern dieser Laufbahnen einen zusätzlichen Anreiz bieten, als Beamte in den öffentlichen Dienst einzutreten. Allerdings schafft auch diese Änderungsverordnung insofern neue Benachteiligungen für den höheren Dienst, als die Anwärter des gehobenen Post- und Fernmeldedienstes, die den Titel eines Dipl.-Betriebswirtes oder Dipl.-Verwaltungswirtes in einem externen Hochschul- oder Fachhochschulstudium erworben haben, neu in die Anwärtersonderzuschlags-Verordnung einbezogen werden, während die Referendare der wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen weiter draußen vor sind.
Durch die Verordnung zur Änderung der Sonderzuschlags-Verordnung werden unsere Forderungen im übrigen nur teilweise erfüllt.
Ziel muß es weiterhin bleiben, die Anwärterbezüge generell zu erhöhen, da im Gegensatz zur Absenkung der Eingangsbesoldung die durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984 erfolgte Kürzung der Anwärterbezüge nie rückgängig gemacht worden ist.

2.2 Verordnung über die Gewährung einer örtlichen Prämie

Durch eine „örtliche Prämie" nach § 74 BBesG soll zum Ausgleich von Mehrbelastungen in Orten mit weit überdurchschnittlichem Mietpreisniveau (Hamburg, München, Frankfurt, Düsseldorf und Stuttgart) sichergestellt werden, auch für Ballungsräume qualifizierte Beamte zu gewinnen. Es handelt sich hierbei um eine einmalige alimentative Fürsorgeleistung von 5.000,– DM für Ledige und 8.000,– DM für Verheiratete, nicht etwa um eine monatliche Ballungsraumzulage (wie z. B. die „Münchenzulage), die im Bundesrat nicht durchsetzbar war. Die Beamten des höheren Dienstes partizipieren nur zu einem kleinen Teil von dieser Prämie, weil Anspruch darauf lediglich Beamte haben, die ein Grundgehalt bis zum Betrag der 8. Dienstalterstufe des Grundgehalts der BesGr A 14 erhalten.

2.3 Verordnung über die Gewährung von Sonderzuschlägen zur Sicherung des Personalbedarfs v. 13. 11. 90

Durch diese auf § 72 BBesG in der Fassung des Strukturgesetzes 1990 fußende Verordnung können zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes Beamten in Verwendungsbereichen, die aus Arbeitsmarktgründen von dauerndem Personalmangel betroffen sind, monatliche Sonderzu-

schläge bis zur Höhe von 4 Dienstalters-Steigerungsstufen oberhalb der Dienstalterstufe der Besoldungsgruppe der Beamten gewährt werden. Diese Sonderzuschläge dürfen nur gewährt werden in Laufbahnen, in denen die Deckung des Personalbedarfs dies im konkreten Fall erfordert. Dies ist dann der Fall, wenn längere Zeit Stellen in erheblichem Maß unbesetzt geblieben sind. Dieser Zuschlag wird folglich nicht auf eine ganze Laufbahn angewendet werden, sondern kann sich auf bestimmte Besoldungsgruppen oder Ballungsräume beschränken.
Bei unserem Gespräch mit dem für Personal zuständigen Vorstandsmitglied des Unternehmens POSTDIENST, Herrn Bender, Ende letzten Jahres wurde uns erklärt, daß die Generaldirektionen dabei seien, die Verwendungsbereiche dieser Verordnung festzulegen. Gezahlt werden soll im Postdienst für Beamte der Besoldungsgruppen A 2 bis A 4 bis zur 7. Dienstalterstufe und für Beamte der BesGr A 5 bis A 10 bis zur 8. Dienstalterstufe, und zwar Zuschläge in Höhe von 3 Dienstalterstufen. Die Zahlung beschränkt sich allerdings auf drei Ballungsräume, nämlich die Region Rhein/Main (Großraum Frankfurt) sowie München und Stuttgart. Eine Ausdehnung auf Besoldungsgruppen des höheren Dienstes ist nicht vorgesehen.
Dies führt in diesen genannten Regionen zu einer weiteren Nivellierung in der Bezahlung zum Nachteil unserer Laufbahngruppe, die wie bei der Funktionsgruppenregelung als einzige von der Anwendung dieser Verordnung ausgeschlossen ist.

Die überdurchschnittlich steigenden Kosten für Wohnraum in den genannten Ballungsgebieten gehen ja auch nicht an den Beamten des höheren Dienstes vorüber.

2.4 Richtlinie für die Gewinnung qualifizierten Nachwuchspersonals im Bereich der DBP TELEKOM

Aufgrund dieser Richtlinie, die auf § 55 PostVerfG fußt, können neben Studien- und Ausbildungsbeihilfen an Studierende auch Einstellungsprämien für Bewerber in Laufbahnen gezahlt werden, in denen in absehbarer Zeit ein nicht zu beseitigender Nachwuchsmangel besteht. Die Höhe der Einstellungsprämie kann bis zum Einfachen der fiktiven Jahresanwärterbezüge betragen. Bisher hat die GD Telekom bei einigen OPDn für den gehobenen fernmeldetechnischen Dienst von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, meines Wissens nicht aber für den höheren Dienst. In den Gesprächen mit der GD Postdienst hat der Bundesvorstand darauf hingewiesen, daß er – um die Attraktivität der DBP auch für qualifizierte Bewerber zu sichern – die Zahlung von Einstellungsprämien auch für Bewerber des höheren Dienstes für angebracht hält, und zwar nicht nur für den DFt-Dienst, sondern auch für Bewerber mit wirtschaftswissenschaftlichem Abschluß. Die Erfahrung der letzten Jahre lehrt nämlich, daß es für die Unternehmen der DBP zunehmend schwieriger wird, überdurchschnittlich qualifizierte Wirtschaftswissenschaftler zu gewinnen.

3. Bewertung der Führungspositionen

Wie Ihnen bekannt ist, lagen dem Delegiertentag in Regensburg 10 Anträge zur Bewertung vor. Damals wurde beschlossen, zur Koordinierung und Abstimmung dieser Anträge eine Arbeitsgruppe des BV einzurichten. Diese Arbeitsgruppe hat das Ergebnis ihrer Arbeit Anfang des Jahres vorgelegt. Die Ausarbeitung der Arbeitsgruppe, die wohl abgestimmte Vorschläge sowohl für die Dienstposten der Ämter als auch der regionalen und zentralen Mittelbehörden macht, liegen Ihnen vor, so daß ich mir weitere Einzelheiten ersparen kann. Der Bundesvorstand empfiehlt, die Vorschläge der Arbeitsgruppe zum Beschluß des Delegiertentages zu erheben und bedankt sich bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die geleistete gute Arbeit.

4. Überschreitung der Stellenobergrenzen

§ 50 Abs. 1 PVerfG eröffnet die Möglichkeit, die nach § 26 BBesG zulässigen Obergrenzen für Beförderungsämter nach Maßgabe sachgerechter Bewertung in jeder Besoldungsgruppe um bis zu 10 v. H. zu überschreiten, soweit dies zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit oder zur Förderung des technischen Fortschritts oder zur Verbesserung des Dienstleistungsangebots erforderlich ist. Damit hat der Gesetzgeber – aufgrund heftigen und hartnäckigen Drängens von Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling – anerkannt, daß die Deutsche Bundespost eine Reihe von restriktiven Regelungen des Beamten- und Besoldungsrechts ausgesetzt ist, die sich an der Aufgabenstellung von klassischen Verwaltungen orientieren, aber den Belangen von am Markt operierenden und im Wettbewerb stehenden öffentlichen Dienstleistungsunternehmen nicht gerecht werden.
Leider hat gleichwohl keines der Unternehmen der DBP in den Stellenplänen 1991 von dieser Möglichkeit der Besoldungsverbesserung für den höheren Dienst Gebrauch gemacht. Das gilt auch für das Unternehmen Postdienst, obwohl gerade im Stellenplan 1990 die Verbesserungen durch Ausweiten der Basis bei diesem Unternehmen deutlich hinter denen der Schwesterunternehmen Telekom und Postbank zurückblieben.
Der Bundesvorstand hatte daher mit Schreiben v. 03. 09. 90 an den Vorstandsvorsitzenden der DBP POSTDIENST, Dr. Klaus Zumwinkel, darum gebeten, § 50 Abs. 1 PVerfG im Stellenplan 1991 anzuwenden. Die Generaldirektion DBP POSTDIENST hat uns mit Schreiben v. 02. 11. 90 abschlägig beschieden, und zwar im

wesentlichen mit folgender Begründung:
Da die Möglichkeit der Überschreitung der Stellenobergrenzen nur einmal in Anspruch genommen werden könne und der Umfang außerdem nicht allzu groß sei (für den gesamten höheren Dienst in der Außenverwaltung maximal ca. 65 zusätzliche Beförderungsplanstellen), sei größtmögliche Sorgfalt bei Auswahl und Zeitpunkt angebracht. Zur Erreichung der Zielvorstellungen des Unternehmens im Bereich Marketing ist eine Überschreitung der Stellenobergrenzen in einem ersten Schritt lediglich im gehobenen Dienst bei der Einrichtung von Dienstposten für Geschäftskundenberater realisiert worden.
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist sicher richtig, daß bei voller Ausnutzung der Überschreitungsmöglichkeiten sich eine neue Obergrenze bildet; gleichwohl würde es zur Motivation der Beamten des höheren Dienstes beitragen, wenn die Vorstände sowohl von Postdienst als auch von Telekom sich baldmöglichst dazu entschließen könnten, wenigstens in Teilbereichen unserer Laufbahngruppe und in einzelnen Besoldungsgruppen ein Überschreiten der Beförderungsobergrenzen zu praktizieren. Hier hätte sich zum Beispiel die Besoldungsgruppe A 16 angeboten, um die wenigen noch nach Besoldungsgruppe A 15 bewerteten Abteilungsleiter-Dienstposten bei den OPDn nach A 16 höherzubewerten. Mit sachgerechter Bewertung hat die breite Spanne der Bewertung dieser Dienstposten von Besoldungsgruppe A 15—B 2 nur noch wenig gemein.

Eine Überschreitung der Stellenobergrenzen für das Haushaltsjahr 1992 drängt sich für das Unternehmen DBP POSTDIENST bei den OPDn auch deshalb auf, weil nach einem Vfg-Entwurf der Generaldirektion Postdienst für Ende 1991 5 v. H. der Referatsleiter eingespart werden sollen. Dies wird naturgemäß Auswirkungen auf den Bewertungsschlüssel der Referatsleiter haben. Es würde aber die Motivation der Führungskräfte bei den regionalen Mittelbehörden negativ beeinflussen, wenn sich zusätzlich zu der Mehrarbeit, die sie durch die Einsparungen auf sich nehmen müssen, auch noch ihre Beförderungsaussichten verschlechtern.
Es wird Aufgabe des neu gewählten Bundesvorstandes sein, in seinen Bemühungen hier nicht locker zu lassen. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, daß der höhere Dienst die einzige Laufbahngrppe ist, für die die Funktionsgruppenregelung, die ja auch eine Überschreitung der Stellenobergrenzen für Beförderungen darstellt, nicht gilt.

5. Stellenpläne 1991

Das 5. Besoldungsänderungsgesetz hat mit der Regelung, an Beamte der Besoldungsgruppe A 16 als „Leiter von besonders großen und besonders bedeutenden unteren Verwaltungsbehörden" eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Amtszulage zu gewähren, ein neues Spitzenamt für den höheren Dienst geschaffen, wie die VHP es seit langem gefordert hat. 30 v. H. der Planstellen für Amtsvorsteher der Besoldungsgruppe A 16 dürfen danach eine solche Zulage in Höhe von 75 v. H. des Unterschiedsbetrages zwischen A 16 und B 2 erhalten.
Die etatmäßigen Voraussetzungen sind durch die Stellenpläne 1991 der Unternehmen geschaffen worden. Hiernach sollen bei Telekom 21, beim Postdienst 9 und bei Postbank 1 Amtsvorsteher diese Zulage erhalten.
Die Generaldirektion Telekom hat mit Vfg v. 30. 01. 91 die Auswahlkriterien bekanntgegeben. Die leistungsbezogene Auswahl orientiert sich an 3 Gruppen von Kriterien:
- Arbeitsinhalt der Führungsaufgabe (Ausgangspunkt Punktberechnung)
- Ergebnis- und Erfolgsorientierung
- Individuell anrechenbare Leistung.

Aufgrund dieser Kriterien, die von uns nicht beanstandet werden konnten, hat die DBP TELEKOM auf Vorschlag der Bereichsleiter die Zulagen rückwirkend zum 01. 01. 91 vergeben.
Bemängelt werden muß, daß die Generaldirektion Postdienst bis jetzt noch keine Regelung für die Vergabe der 9 Planstellen A 16 Z getroffen hat. Da beamtenrechtlich nur eine um 3 Monate rückwirkende Einweisung in diese Planstellen möglich ist, führt dies zu einer deutlichen zeitlichen Verzögerung, die finanzielle Einbußen zur Folge hat. Offenbar bestehen in der Generaldirektion P unterschiedliche Auffassungen darüber, ob ausschließlich die Größe und die besondere Bedeutung des Postamts der Besoldungsgruppe A 16 für die Vergabe der Zulage entscheidend ist oder aber auch die individuelle Leistung des Amtsvorstehers eine Rolle spielen soll. Auch die Frage, Ausschreibung Ja oder Nein, ist wohl noch nicht entschieden.

Eine gerechte Vergabe dieser wenigen Zulagen, die auch einer gerichtlichen Prüfung standhält, ist sicher nicht ganz einfach. Wir müssen die GD P aber nunmehr auffordern, unverzüglich eine Entscheidung zu treffen und bieten an, den Sachverstand des Bundesvorstands der VHP in diese Entscheidungsfindung einzubeziehen.
Auch die als Folge der Einführung einer Amtszulage zur Besoldungsgruppe A 16 mögliche Anhebung von 8 Amtsvorsteher-Dienstposten von A 15 nach A 16 ist im Unternehmen Postdienst noch nicht realisiert. Bei Telekom ist die ursprünglich vorgesehene Absenkung der Punktgrenze für AV-Dienstposten ebenfalls noch nicht vollzogen worden, und zwar wegen des inzwischen erfolgten Einsatzes von Beamten im Beitrittsgebiet. Lediglich die AV-Dp der FÄ Bad Kreuznach, Düren und Heide sind ab 01. 01. 91 zusätzlich der BesGr A 16 zugeordnet worden.
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wie Sie wissen, hat das Bundespostministerium in den Jahren 1979 bis 1990 eine Politik der stufenweise, aber kontinuierlichen aufgabenorientierten Bedarfsanpassung im höheren Dienst ver-

folgt. Auf beharrliches Drängen unserer Vereinigung hin ist die Zahl der Planstellen in unserer Laufbahngruppe in dieser Zeit um ca. 35 v. H. erhöht worden. Dadurch konnte der von uns immer wieder als viel zu niedrig angesehene Anteil des höheren Dienstes am Gesamtpersonalbestand von 0,42 v. H. auf ca. 0,65 v. H. im Jahr 1989 gesteigert werden. Das BPM hatte damit anerkannt, daß ein expandierendes Unternehmen wie die DBP auf einen angemessenen Anteil von oberen Führungskräften zur Bewältigung seiner Aufgaben angewiesen ist.
Erstmals seit vielen Jahren ist nun im Stellenplan 1991, dem ersten, für welchen der Vorstand verantwortlich zeichnet, im Unternehmen DBP POSTDIENST eine Verminderung der Zahl der Planstellen des höheren Dienstes festzustellen. Bei der Außenverwaltung gingen die Planstellen BesGr A 13 bis B 2 von 1.025 (Stellenplan 1990) auf 976 zurück. Bei einer Verringerung um 49 Planstellen in der Außenverwaltung stieg zwar die Zahl der Planstellen bei der Generaldirektion P um 27. Das ergibt aber immer noch insgesamt ein Minus von 22 Planstellen.
Auch bei den Beförderungsplanstellen der BesGr A 15 bis B 2 ergab sich ein Rückgang bei der Außenverwaltung von 435 (1990) auf 423 (1991). Da bei der Generaldirektion jedoch in den BesGr A 15 und A 16 ein Ansteigen um insgesamt 18 Planstellen festzustellen ist, verbleibt bei den genannten Beförderungsplanstellen unter dem Strich noch ein Plus von 6 für den gesamten höheren Dienst.

Gleichwohl muß man sich die Frage stellen, ob die Schrumpfung im höheren Dienst im Stellenplan 1991 des Unternehmens Postdienst eine einmalige Maßnahme war oder ob sich hier eine Trendwende abzeichnet. Es kann uns keiner erzählen, daß die Aufgaben für Führungskräfte unserer Laufbahngruppe zurückgehen. Durch die von der VHP unterstützten Initiativen des Vorstands im Frachtdienst und durch das in der Entwicklung befindliche neue Briefkonzept ist sicher das Gegenteil richtig. Daß diese zusätzlichen Aufgaben in der Außenverwaltung mit weniger Personal des höheren Dienstes zu bewältigen sind, wird der Unternehmensvorstand unserem Vorstand in den demnächst anstehenden Informationsgesprächen sicher noch erläutern müssen.
Gottlob hat sich die Verringerung der Zahl der Planstellen noch nicht auf die Beförderungssituation ausgewirkt. Beförderungen zum Oberrat wurden noch nie in so kurzer Zeit nach der Anstellung ausgesprochen wie derzeit, z. T. schon nach der Mindestwartezeit von einem Jahr. Auch bei Beförderungen in die BesGr A 15 und A 16 sind die derzeitigen Wartezeiten von ca. 6—12 Monaten nach der Übertragung des Beförderungsdienstpostens im Vergleich zu früher sehr erträglich.

6. Aufstieg

Die DBP TELEKOM beabsichtigt offenbar, den Aufstieg in den höheren Dienst, insbesondere in der DFt-Laufbahn, zahlenmäßig auszuweiten. Zu diesem Zweck wird die Generaldirektion Telekom im Laufe dieses Jahres eigene Aufstiegsgrundsätze erlassen, die für ihren Bereich die in der Amtsblattverfügung 894/1979 veröffentlichten Aufstiegsgrundsätze der DBP ablösen. Schon im Vorgriff darauf hat die Generaldirektion T kürzlich verfügt, daß die Einführungszeit der Aufstiegsbewerber in einer anderen Organisationseinheit auf mindestens 6 Monate abgekürzt wird.
Die beiden Unternehmen DBP TELEKOM und POSTDIENST wollen nun auch von dem in der Bundeslaufbahnverordnung neu geschaffenen Verwendungsaufstieg in den höheren Dienst Gebrauch machen (§ 33a BLV). Für diesen Aufstieg, der den sogenannten vereinfachten Aufstieg nach § 33 Abs. 3, 1—3 BLV ablöst, kommten Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes in Betracht, die das höchstbewertete Amt ihrer Laufbahn (BesGr A 13) erreicht haben und zu Beginn der Einführung mindestens 50 Jahre alt sind. Im Gegensatz zu den anderen Aufstiegsarten qualifizieren sich die Verwendungsaufsteiger nur für einen bestimmten Verwendungsbereich und können nur bis in die BesGr A 14 befördert werden.

Die Generaldirektion Telekom beabsichtigt, von Juni bis Dezember 1991 in drei Gruppen von 40 insgesamt 120 Bewerber für diesen Aufstieg zuzulassen. Wie beim vereinfachten Aufstieg sollen die Bewerber auch im höheren Dienst auf dem Dienstposten verbleiben, auf dem sie bereits vor der Zulassung zum Aufstieg tätig waren. Dies ist aus unserer Sicht positiv zu bewerten, weil dadurch die Basis des höheren Dienstes erweitert wird.
Anders verfährt die DBP POSTDIENST, die zunächst 22 Dienstposten für Abteilungsleiter in den Amtsleitungen der Postämter für Verwendungsaufsteiger ausgeschrieben hat. Hierbei handelt es sich um originäre Dienstposten des höheren Dienstes, die erst im Jahr 1988 in den höheren Dienst aufgeschichtet worden waren. Hierdurch wird natürlich der Zweck dieser Aufschichtung, nämlich ein verstärkter Ersteinsatz von jungen Nachwuchsbeamten des höheren Dienstes auf Abteilungsleiter-Dienstposten bei den Ämtern, zum größten Teil konterkariert. Denn die eben genannten 22 Dienstposten sind offenbar nur als erste Rate von Ausschreibungen anzusehen. Weitere Quoten sollen folgen. Positiv bei dieser Aufstiegsmaßnahme ist allerdings zu bewerten, daß dadurch der hohe Fehlbestand im höheren Dienst bei den Ämtern gesenkt werden kann.

7. Schlußbetrachtung

Meine Damen und Herren, ich glaube, meinen Darlegungen konnten Sie schon entnehmen, daß die Verfolgung der berufspolitischen Interessen unse-

AhD 1991

Bericht über die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes

rer Laufbahngruppe durch die Aufgliederung in 3 Teilunternehmen sehr viel schwieriger geworden ist. Hatten wir es früher im wesentlichen bei unseren Verhandlungen mit der Personalabteilung des BPM zu tun, so stehen wir jetzt 3 Vorständen und dem BMPT gegenüber. Aber auch bei den Vorständen (Generaldirektionen) sind die Zuständigkeiten für Fragen der Berufspolitik viel stärker auf verschiedene Funktionsträger in mehreren Vorstandsressorts aufgesplittert als früher im BPM, wo die Abteilung 3 eine sehr starke Position hatte. Dies trifft z. B. insbesondere für den Bereich der Bewertung der Funktionen zu.

Ich beneide also meine Nachfolger im Bundesvorstand, die in Zukunft für das Gebiet der Berufspolitik verantwortlich zeichnen, wahrlich nicht und kann ihnen nur sehr viel Glück und Erfolg wünschen.

Da die Amtszeit dieses Bundesvorstands mit diesem Delegiertentag zu Ende geht, lassen Sie mich zum Schluß auf die Erfolge der berufspolitischen Arbeit dieses Bundesvorstandes in den vergangenen drei Jahren hinweisen. Folgende berufspolitische Verbesserungen sind in diesem Zusammenhang zu nennen:

– Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung mit Wirkung vom 01. 01. 1990.

– Zahlung von Anwärtersonderzuschlägen für die Referendare des höheren technischen Dienstes aller Laufbahnen.

– erhebliche Vermehrung der Beförderungsplanstellen des höheren Dienstes in den Jahren 1988 bis 1990 und damit deutliche Verbesserung der Berufsaussichten.

– Verbesserung des Stellenschlüssels der Referatsleiter bei den Oberpostdirektionen auf 40 v. H. in Besoldungsgruppe A 15 (60 v. H. in A 13/14).

– Zahlung einer ruhegehaltsfähigen Amtszulage an 30 v. H. der Amtsvorsteher der BesGr A 16.

Johann Paffen

In dem Jahr seit unserem Delegiertentag in Regensburg bildeten die Probleme des öffentlichen Dienstrechts in den fünf neuen Bundesländern den Schwerpunkt in der berufspolitischen Arbeit der AhD.

Darüberhinaus befaßte sie sich mit weiteren Grundlagenproblemen des öffentlichen Dienstes:

– Die Freizügigkeit im öffentlichen Dienst innerhalb des EG-Gebietes blieb Gegenstand der Aktivität der AhD.
– Sie hat das Thema „Führungskräfte in den 90er Jahren Mangelware?" aufarbeiten lassen.
– Sie hat das bedrohliche Anwachsen des Anteils der Personal- und Versorgungslasten an den öffentlichen Haushalten als Arbeitsthema aufgegriffen.
– In ihrer Vortragsveranstaltung 1991 hat die AhD Herrn Prof. von Arnim zu dem Thema „Der Staat als Beute; neuralgische Punkte in Staat und Verwaltung" zu Wort kommen lassen.

1. Das öffentliche Dienstrecht im Beitrittsgebiet

Schon sehr früh im Verlauf des Einigungsprozesses fiel die Grundentscheidung, daß das Berufsbeamtentum auf das gesamte Staatsgebiet der vergrößerten Bundesrepublik ersteckt werden soll. Inzwischen sind die ersten Voraussetzungen dafür durch die Besoldungsübergangsverordnung (1. BesÜV) geschaffen.

Die AhD hat in dieser Sache an den Bundesinnenminister geschrieben. Es geht ihr dabei um die Zuordnung der Beamten-Ämter im öffentlichen Dienst der neuen Länder. Die AhD plädiert dafür, in den BesÜV eine den Verhältnissen im Gebiet der alten Bundesrepublik vergleichbare Zuordnung der Ämter nach Funktionen und Ausbildungs-Qualifikation für die Wahrnehmung der dienstlichen Aufgaben vorzunehmen. Die 1. BesÜV ist insoweit noch sehr lückenhaft. Die zweite BesÜV ist jedoch in Arbeit, und es ist zu erwarten, daß die Verhältnisse sich nacheinander angleichen werden.

Das zweite Anliegen der AhD ist, die Verbeamtung der Kräfte im höheren Dienst vorzusehen, wenn ihre Funktion der Wertigkeit nach einem Amt des höheren Dienstes zuzuordnen ist und die Kraft entsprechende Vorbildung und persönliche Qualifikation vorweist. Wesentlich für das notwendige Vertrauen des Dienstherren ist dabei die Vergangenheit der Kräfte im zusammengebrochenen System.

Ein drittes Postulat der AhD richtet sich auf vertretbare Versorgungsregelungen.

2. Grundfragen des öffentlichen Dienstes

2.1. Die Freizügigkeit im öffentlichen Dienst innerhalb des EG-Gebietes blieb Gegenstand der Aktivitäten der AhD. Dazu ist als Heft 21 in der Reihe „Verantwortung und Leistung" der Titel "Bildungsföderalismus in der Europäischen Gemeinschaft unter rechtlichen Aspekten" von Prof. Gallwas erschienen. Sein Vortrag vom Frühjahr 1990 "Die Beamten zwischen Kompetenz und Beteiligungsföderalismus im Schnittpunkt von Land, Bund und Europa" wird ebenfalls in der Reihe erscheinen.

2.2. In Wirtschaft und Verwaltung zeichnet sich in mehreren Bereichen ein harter Wettbewerb um den qualifizierten Führungskräfte-Nachwuchs ab. Die Prognosen sind für den öffentlichen Dienst wegen der Gehaltsstruktur für Dienstanfänger ungünstig. Die AhD hat zu dem Problem eine Bestandsaufnahme mit Anmerkungen in Auftrag gegeben, die inzwischen abgeschlossen ist. Sie soll unter dem Titel "Führungskräfte in den 90er Jahren Mangelware? – Bestandsaufnahme und Anmerkungen" veröffentlicht werden.

2.3. Das bedrohliche Anwachsen der Anteile der Ausgaben für den öffent-

lichen Dienst an den öffentlichen Haushalten hat die Arbeitsgemeinschaft zum Arbeitsthema ihrer Vertreterversammlung am 12. Dezember 1990 gemacht und dazu den Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Littmann zu Wort kommen lassen. Seine Forschungen und Berechnungen haben zutage gefördert, daß allein die Altersversorgung in wenigen Jahrzehnten ein Viertel des gesamten Steueraufkommens aufzehren wird.

Littmanns Postulate lauten:

- Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Das heißt auch Abbau der hohen Zahl von Frühpensionierungen im öffentlichen Dienst.
- Spürbare Drosselung des Zugangs zum öffentlichen Dienst und zwar parallel zum Rückgang der Erwerbspersonen. Bis zum Jahre 2030 müsse eine Reduzierung um 30 Prozent eintreten.
- Es bestehe Anlaß, die von der öffentlichen Hand ausgeübten Aufgaben in Frage zu stellen.

Die Instrumente des Staatshaushaltsrechts, die Postulate der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zeichnen sich nach der Analyse von Littmann durch eine betrübliche Unschärfe aus und bieten kaum Aussichten, die öffentlichen Ausgaben auf ein niedrigeres Niveau bei mehr Effizienz zu schleusen.

Die Thesen wurden bei der AhD mit Reserviertheit aufgenommen und sehr kontrovers diskutiert.

2.4. In seinem oben erwähnten Vortrag „Der Staat als Beute; neuralgische Punkte in Staat und Verwaltung" klärte Prof. Dr. von Arnim den verdeckten Zugriff von Verbänden und Organisationen auf den öffentlichen Dienst auf und kritisierte die von ihm festgestellten und zu mißbilligenden Zustände. Die Arbeit ist ebenfalls zur Veröffentlichung vorgesehen.

3. Mitgliederbestand der AhD

Der Hochschullehrerverbund e. V., das ist der Verband der Lehrer — Professoren und Dozenten an den Fachhochschulen — hat die AhD mit Ablauf des Jahres 1990 wieder verlassen. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes umfaßt nunmehr 10 Verbände mit insgesamt 69.780 Mitgliedern.

Alfred Müller

BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DER FEFAS IM JAHRE 1990

Das wichtigste Ereignis war im vergangenen Jahr der Kongreß der FEFAS, der vom 25. bis 30. September in dem belgischen Seebad Ostende stattgefunden hat.

Dem Kongreß vorgeschaltet war ein Forum, in welchem prominente Fachleute zu aktuellen Themen Stellung genommen und mit den Teilnehmern diskutiert haben.

Das Thema des Forums und des Kongresses war die Herausforderung, die das Jahr 1993 für Europa und seine Einigung darstellt. Im Vordergrund standen dabei aber auch die einschneidenden Veränderungen, die das Post-, Postbank- und Fernmeldewesen in den einzelnen Mitgliedsländern inzwischen erfahren hat. Dabei gab es angesichts der neuartigen Situation und dem Mangel an ausreichenden Erfahrungen mehr Fragen als Antworten.

Es wurden leise Zweifel laut, ob die neuen Unternehmen wirklich so erfolgreich sein werden, wie man das erwartet.

In dem Zusammenwirken von Unternehmen und Industrie waren in der Vergangenheit starke nationale Abschottungen zu erkennen, deren Durchbrechung im europäischen Rahmen noch nicht oder jedenfalls nur teilweise gelungen ist. Ein wirklich offener europäischer Markt ist aber erforderlich, wenn man mit Japan und den USA Schritt halten will.

Auf dem Weltmarkt hat Europa eine positive Handelsbilanz, was die Sektoren Telecom und Postdienst angeht. Gegenüber den USA und Japan ist sie allerdings negativ. Europa lebt noch von den alten Märkten und den Beziehungen, die aus der Kolonialzeit stammen.

Die europäische Gemeinschaft hat sich aus diesen und anderen Gründen den Fragen aus dem Bereich PTT zugewandt.

Sie strebt dabei innerhalb der Gemeinschaft vor allem zwei Ziele an; sie heißen Liberalisierung und Harmonisierung der Dienste. Dazu kommt das Ziel der Standardisierung als Teil-

FITCE

Aktivitätsbericht 1990/91

aspekt. Diese Bestrebungen erscheinen sinnvoll und vielleicht sogar dringend notwendig, wenn man bedenkt, daß die verschiedenen Unternehmen in Europa beginnen, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen.
Was den Rahmen des Kongresses angeht, so haben es die belgischen Kollegen verstanden, einen guten Service zu bieten und eine hervorragende Atmosphäre zu schaffen. Besonders erfreulich war zu vermerken, daß Spanien mit einer kleinen aber aktiven Delegation vertreten war.
Der nächste Kongreß soll voraussichtlich auch in Spanien stattfinden. Als Tagungsort ist die bekannte Pilgerstätte Santiago de Compostella im Gespräch.

Die FEFAS hat nunmehr über 4.000 Mitglieder in den angeschlossenen Ländern und hat durch die ernsthafte Behandlung zentraler Themen sowie den geselligen Umgang miteinander erneut bewiesen, daß sie ihre Aufgabe zu erfüllen in der Lage ist.
Bei den Wahlen zum Vorstand am Ende des Kongresses wurden der Präsident, Dr. Charles Markus, und das deutsche Mitglied, Dr. Frieder Lauxmann, in ihren Ämtern bestätigt.

Dr. Otfried Brauns-Packenius

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!
Über das vergangene Jahr – d. h. über die 29. Europäischen Fernmeldetage, die am 27. August bis zum 1. September in Glasgow stattfanden – braucht an dieser Stelle nicht mehr berichtet werden, da in unserer Zeitschrift ein umfangreicher Report erschienen ist.
Zusammenfassend möchte ich hier heute aber nochmals erwähnen, daß unsere britischen – oder besser gesagt unsere schottischen Kollegen mit Mr. Wherry und Mr. Shurrock an der Spitze – den Kongreß professionell organisiert und durchgezogen haben.
In mehr als 30 Vorträgen wurde das Thema Netz 2000 mit den Unterthemen Architektur, Management und Dienste behandelt.
Daneben hatten alle Teilnehmer Gelegenheit, sich den einen oder anderen Betrieb oder auch Produktionsstätten in Schottland anzusehen und direkte oder indirekte Vergleiche zu ziehen.
Natürlich konnten sich auch alle ein Bild unseres Gastlandes anhand von Führungen, Besichtigungen oder aus Anlaß anderer Happenings machen.
Immer wieder ist festzustellen, daß eine Woche schnell vorbei ist, aber auf der anderen Seite bestätigen mir doch sehr viele Teilnehmer, daß sie mit einer Fülle von Eindrücken zurückkehren und diese Tage im September nicht missen möchten. Es hat sich, wie wir wissen, in den letzten 30 Jahren doch ein fester Kreis von Freunden der FITCE gebildet, was nicht heißt, daß wir jeden Neuling nicht genau so herzlich begrüßen.
Soweit zu Glasgow 1990.

In diesem Jahr haben es unsere französischen Freunde übernommen, die 30. Europäischen Fernmeldetage vom 2. bis 7. September in Straßburg zu organisieren.
Als Schwerpunktthema sollen diesmal „Pan-Europäische Netze" behandelt werden und wer die Entwicklung in Europa verfolgt weiß, daß dies ein ganz aktuelles Thema ist.
Gerade die PTT-Verwaltungen oder besser gesagt die TT-Unternehmen müssen sich angesichts wachsender privater Konkurrenz etwas einfallen lassen. Wir können also nur allen Ingenieuren und allen Managern raten sich – gleich wo, warum also nicht bei der FITCE, zu informieren.

Wie üblich werden wir in Straßburg und Umgebung auch Produktionsstätten und sonstige Organisationen oder Verwaltungen besichtigen und daneben wird ausreichend Gelegenheit gegeben Land und Leute kennenzulernen. Geplant ist eine Exkursion quer durch das Elsaß mit einem Besuch von Colmar.
Vorgesehen ist außerdem der Besuch einer Theatervorstellung, eines Orgelkonzerts und wie immer gibt es am Freitag einen Gesellschaftsabend und am Samstag nach der Generalversammlung das bekannte Schlußbankett (das genaue Programm der Woche wurde schon in unserer Zeitschrift veröffentlicht).
Die Anmeldeformulare erscheinen wie immer in der nächsten Revue und unser Kollege Schreyer wird – obwohl wie Sie wissen z. Z. beim FA 6 in Ostberlin – alles organisieren. Kollege Schreyer hat inzwischen alle Freunde der FITCE angeschrieben und informiert.
Was gibt es sonst Neues bei der FITCE?
– Aller guten Dinge sind 3!
Sicher haben Sie mitbekommen, daß unsere letzte Ausgabe der Revue verspätet kam. Sie wurde im Dezember in Belgien gedruckt, zur Post gegeben und verschwand.
Ein Nachdruck im Januar fiel einem Brandanschlag auf die Druckerei zum Opfer und erst der zweite Nachdruck konnte ausgeliefert werden. Wir bitten also alle Kolleginnen und Kollegen um Entschuldigung, es soll nicht wieder vorkommen.
In der Aufmachung – innen und außen – wird sich die Revue ändern, weil wir versuchen die Kosten durch Werbung und Anzeigen zu senken. Die Redak-

tion hat – genau wie bei unserer Zeitschrift – gewechselt. Wir sind voller Hoffnung auch die Auflage zu steigern und erkennen bei einer neuen Werbeagentur gute Ansätze.

– Assoziierte Mitgliedschaft

§ 5 unserer Satzung legt fest, daß nur Ingenieurverbände aus Ländern der EG Mitglied der FITCE werden können. Im Interesse Spaniens und Portugals hatten wir danach einen § 5b geschaffen, wonach Ingenieurverbände in Ländern die Mitglied der EG werden wollen als assoziiertes Mitglied der FITCE beitreten konnten. Diesen § 5b wollen wir jetzt ändern, dahingehend, daß Ingenieurverbände aus „Europäischen Ländern" assoziiertes Mitglied der FITCE werden können.

Damit ist es möglich, daß insbesondere Verbände in Skandinavien, Österreich oder aus der Schweiz, aber auch aus Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei beitreten können.

– Kooperative Mitgliedschaft

Unsere belgischen Freunde haben den Antrag gestellt, daß Firmen oder Organisationen kooperatives Mitglied werden können. Darüber muß in Straßburg noch diskutiert werden. Gedacht ist daran, daß Firmen je nach Größenordnung einen Pauschalbeitrag zahlen und dafür eine bestimmte Zahl von Mitgliedern zu Kongressen schikken können bzw. eine bestimmte Zahl von Zeitschriften erhalten.

FITCE 1992, 31. JET

Unsere spanischen Freunde haben sich für 1992 etwas besonderes einfallen lassen. Wie Sie wissen, läuft 1992 die Weltausstellung in Sevilla und deshalb war es unmöglich nach Sevilla zu gehen wo wir eigentlich hin wollten.

Die 31. Europäischen Fernmeldetage finden deshalb vom 27.–30. September – d. h. von Sonntag bis Mittwoch – in Granada statt. Am Donnerstag des 1. Oktober soll dann die ganze Mannschaft – man rechnet mit 1.000 Delegierten – für 2 Tage mit Bussen nach Sevilla umgesetzt werden, um doch noch die Weltausstellung zu besuchen.

Unser spanisches Mitglied des Direktionskomitees, der gleichzeitig Mitglied des Vorstandes der Weltausstellung ist, hat auf jeden Fall 1.200 Betten in Sevilla reserviert.

Z. Z. sieht es so aus, daß die Finanzierung gesichert ist und wir planmäßig operieren können.

Das Progamm für Granada und Sevilla ist auf jeden Fall solide ausgearbeitet und alles spricht im Augenblick für eine glänzende Organisation in Spanien 1992.

Damit bin ich am Ende meines Berichtes und stehe für Fragen jederzeit zur Verfügung.

Werner Hufnagel

KONSTITUIERENDE SITZUNG DES NEUEN BUNDESVORSTANDES

Knapp zwei Wochen nach dem Delegiertentag 1991 in Darmstadt traf sich der neu gewählte Bundesvorstand der VHP am 24. Mai 1991 in Stuttgart zu seiner konstituierenden Sitzung.

Der Bundesvorsitzende, Dipl.-Ing. Paul Burkhart, eröffnete die Sitzung, an der nur knapp die Hälfte der gewählten Vorstandsmitglieder teilnahmen, und hieß Frau Hartkorn und die Kollegen des Bundesvorstandes in Stuttgart willkommen. Den Umstand, daß alle in Darmstadt erstmals gewählten Vorstandsmitglieder anwesend waren, wertete Burkhart als ein Zeichen für deren Motivation, sich gemeinsam im Interesse der Kolleginnen und Kollegen zu engagieren.

Neue Geschäftsverteilung im Bundesvorstand

Mit der Neuwahl des gesamten Bundesvorstandes wurde die Aufteilung der Geschäfte erforderlich. Die Schaffung von drei im wesentlichen selbständigen Unternehmen der DBP hatte bereits beim Delegiertentag 1990 in Regensburg zu erheblichen Änderungen der Satzung der VHP und der Wahlordnung geführt. Mit der neuen Geschäftsverteilung wurde jetzt der (vorläufige) Schlußstein im Prozeß der Anpassung der internen Struktur der VHP an den geänderten Aufbau der Deutschen Bundespost gesetzt. Während die Mitglieder der VHP bisher Glieder einer einheitlichen Verwaltung waren, hat die VHP heute die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber drei selbständigen Unternehmen und dem Bundesminister für Post und Telekommunikation zu vertreten. Da die neuen Organisationseinheiten in (unternehmens-) politischer, berufspolitischer und organisatorischer Hinsicht unterschiedliche Wege gehen werden, war es erforderlich, die einzelnen Ressorts – zumindest für die Bereiche Postdienst und Telekom – doppelt, nämlich für jeden Bereich, zu besetzen. Die jeweils zweifache Einrichtung der einzelnen Ressorts bedingt gleichzeitig eine Ku-

mulierung sachlicher Zuständigkeit der einzelnen Vorstandsmitglieder. Da die Kollegen des geschäftsführenden Bundesvorstandes umfassend zuständig sind, wurde bei ihnen auf eine detaillierte Aufgabenumschreibung verzichtet.

Rückschau Delegiertentag 1991

Der Bundesvorstand lobte einmütig den Verlauf und die Organisation des Delegiertentages in Darmstadt. Allerdings sei nichts so gut, daß es nicht noch verbessert werden könne. Aus diesem Grund soll 1992 in Freiburg darauf geachtet werden, daß sich die Eröffnungsveranstaltung innerhalb eines gesetzten Zeitrahmens hält. Den Kollegen des Bezirksvereins Darmstadt dankt der Bundesvorstand für die geleistete Arbeit.

Aufträge des Delegiertentages an den neuen Bundesvorstand

Der Delegiertentag hat dem neuen Bundesvorstand knapp zwei Dutzend Einzelaufträge für das erste Geschäftsjahr mit auf den Weg gegeben. Ein großer Teil dieser Aufträge betrifft das Anliegen der Kollegen, über aktuelle Entwicklungen und Vorstandsentscheidungen in den unterschiedlichen Bereichen informiert zu werden. Der Bundesvorsitzende bewertete die relative Häufung von Anträgen, die die Beschaffung von Information zum Inhalt haben, als Ausdruck der Schnellebigkeit der Entwicklungen aber auch als Zeichen unzureichender Kommunikation der Unternehmensleitungen mit ihren Führungskräften.
Aus diesem Grund will sich der neue Bundesvorstand umgehend bei den Vorstandsvorsitzenden der drei Postunternehmen vorstellen und die Anliegen der Kollegen vortragen.

Termine

6. September 1991: Bundesvorstandssitzung in Stuttgart
18./19. Okt. 1991: Bundesvorstands- und Beiratssitzung voraussichtlich in Bonn
13. Dezember 1991: Bundesvorstandssitzung in Stuttgart
31. 1./1. 2. 1992: Bundesvorstands- und Beiratssitzung in Koblenz

(Gröber)

Aufträge des Delegiertentages 1991 in Darmstadt

– Repräsentanz der VHP im Beirat der FüAk,
– finanzieller Lastenausgleich für Führungskräfte in Ballungsräumen,
– Einstellungsprämie für Führungskräfte in Ballungsgebieten,
– Einstellungsprämien für Bewerber mit wirtschaftswissenschaftlichem Hochschulabschluß,
– schnellstmöglich verbindliche Beschäftigungsverhältnisse für die Kollegen im Osten,
– Nichttechniker in alle Organisationseinheiten der DBP-Telekom
– Anwärterbezüge dürfen bei DPF nicht niedriger sein als im Bereich CPF,
– auf eine vorausschauende Personalpolitik im höheren Dienst hinwirken,
– Verkürzung des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahnen des höheren-technischen Dienstes bei Telekom auf bis zu 9 Monate senken,
– Anpassung des östlichen Vergütungsniveaus an das im Westen,
– Anpassung der Abrundungsregelung bei dem Bewertungsschlüssel für RefL-Dp an die bei Telekom geltende Regelung,
– Dienstpostenbewertung in der Außenverwaltung nach Arbeitsgruppen-Papier,
– bei FÄ mit Abteilung V/K soll AbtL-Dp dem höheren Dienst zugerechnet werden,
– Regionale Mittelbehörden:
Information über Bildung von Fachdirektionen einholen,
Beteiligung an neuen Organisationskonzepten einfordern,
– fachlich betroffene Kollegen sollen bei Neustrukturierung des Hochbaus sofort beteiligt werden,
– Klärung der Zukunftsperspektiven des Hochbaus/Haustechnik,
– Einrichtung von hauptamtlichen Untersuchungsführern,
– Auseinandersetzung mit dem Thema: Privatisierung, Meinungsbildung innerhalb der VHP,
– Einbeziehung der VHP in Strategieüberlegungen der Vorstände einfordern,
– Zusammenarbeit Postbank und Postdienst kritisch beobachten,
– Unterstützung des BMPT und der GD T gegen künftige zusätzliche Abgaben an den Bund.

Geschäftsverteilung im Bundesvorstand der VHP

Burkhart
– Bundesvorsitzender –

Otte:
stellv. Bundesvorsitzender
Koordination Postdienst

Blankenstein:
stellv. Bundesvorsitzender
Koordination Telekom

Altehage: Schatzmeister

Gröber: Bundesgeschäftsführer

Probst: Bundesgeschäftsführer

Altmannsperger:
Verbindung zur AhD; Sitzungsprotokolle

Dr. Brauns-Packenius:
Verbindung zur Fefas

Guthknecht:
Angelegenheiten der Pensionäre

Hufnagel:
Verbindung zur FITCE

Hartkorn:
Angelegenheiten dees BMPT und Interessen der Kollegen beim BMPT und seinen nachgeordneten Einrichtungen

Heidrich:
Unternehmenspolitik und Interes-

HAS FEFAS A FUTURE?

FEFAS-MEETING in Cambridge für junge Führungskräfte vom 24. 3. — 29. 3. 1991

sen der Kollegen bei der DBP-Postbank

Bell:
Bemssung, Bewertung, Besoldung; DHt-Interessen

Bock:
Bemessung, Bewertung, Besoldung, Personalplanung

Freis:
Aus- und Fortbildung; sonstige Angelegenheiten der Berufspolitik; DPt-Interessen

Schicker:
Aus- und Fortbildung; sonstige Angelegenheiten der Berufspolitik

Dr. Bergemann:
Unternehmenspolitik P, Dienstrecht, Laufbahnfragen

Jeromin:
Unternehmenspolitik T; Dienstrecht, Laufbahnfragen

Nienhaus:
Organisation des Unternehmens P; Personalplanung

Slabon:
Organisation des Unternehmens T; Interessen der Kollegen beim FTZ und PTZ; Laufbahnfragen

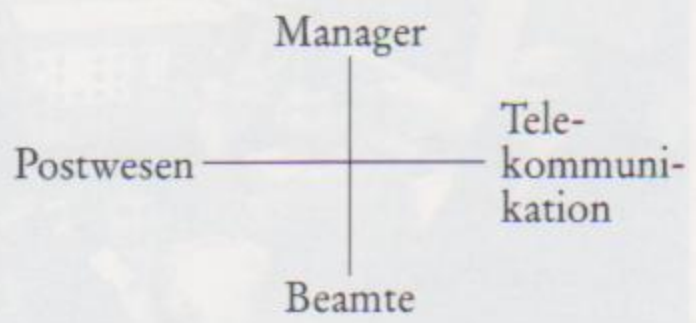
Die traditionsreiche Universitätsstadt Cambridge bildete den Rahmen für das Zusammentreffen von 20 jungen Führungskräften der Post- und Telekommunikationsunternehmen aus Italien, Belgien, Frankreich, Niederlande, Dänemark, Großbritannien und Deutschland.
Die Ziele der Tagung im Magdalene College waren zum einen der Gewinnung von Nachwuchsführungskräften für die Ideen von FEFAS, zum anderen der Diskussion über die Zukunft von FEFAS gewidmet.

Die Beschäftigung mit den interessanten postalischen Entwicklungen in den Mitgliedsländern, das Kennenlernen der unterschiedlichen länderspezifischen Organisationsformen, die Möglichkeit in kleinem Rahmen über die Zukunft des Post- und Telekommunikationswesens zu philosophieren, waren der richtige Ansatz, um die Teilnehmer für ein stärkeres Engagement in der FEFAS zu motivieren.

Neben den fachlichen Tagesordnungspunkten — u. a. Besichtigung britischer Post- und Telekommunikationseinrichtungen in Milton Keynes und Martlesham — war genügend Zeit, um die sehr angenehmen Seiten von Cambridge kennenzulernen, z. B. beim multinationalen Stocherkahnfahren („panting"), bei gemeinsamen Candlelight-Dinners im stilvollen Gewölbesaal des Magdalene College, beim Après-Seminar in der Collegebar oder den umliegenden Pubs.

Die Teilnehmer waren sich einig, daß durch diese Art von Tagungen — die gelungene Kombination von fachlichen Themen und sozialen Kontakten — junge Führungskräfte für die Mitarbeit in der FEFAS gewonnen werden können. Außerdem bereitete es „ganz einfach Freude", seine (manchmal verschütteten) Fremdsprachenkenntnisse anzuwenden.

Die Diskussion über die Zukunft von FEFAS-PTT deckten einige Problemfelder auf, die sich auf Grund der länderspezifischen Entwicklungen im Post- und Telekommunikationssektor in den letzten Jahren herauskristallisiert haben und die sich unter Umständen weiter zuspitzen werden:



Die Abbildung macht zum einen das vorhandene Konfliktpotential zwischen Managern in Großbritannien bzw. in den Niederlanden und den Beamten in Frankreich, Italien und Deutschland deutlich. Sprechen Manager und Beamte noch die gleiche Sprache? Haben Sie nicht unterschiedliche Interessen bzw. unterschiedliche Auffassungen über die Unternehmenspolitik?
Das andere Konfliktpotential resultiert aus der in den meisten Mitgliedsländern bereits vollzogenen Trennung des Post- und Telekommunikationswesens. Kann FEFAS den differierenden Interessen unter einem Dach noch gerecht werden?
Trotz aller Unterschiede in Organisation und Personalstruktur wurde dennoch erkennbar, daß die postalischen Grundprobleme in jedem Land ähnlich sind. Sowohl auf der Post- wie Telekommunikationsseite werden die Führungskräfte mit gleichartigen Problemen konfrontiert. Bei den Teilnehmern bestand jedoch auch Einigkeit darüber, daß bei den gemeinsamen internationalen Kongressen die fachspezifischen Einzelprobleme in getrennten Veranstaltungen für das Post- und Telekommunikationswesen diskutiert werden sollten.
Die anwesenden jungen Führungskräfte waren der Auffassung, daß neben den regelmäßig stattfindenden internationalen Mammutkongressen weitere Formen des Zusammentreffens in überschaubarem Rahmen angeboten

werden sollten. Angeregt wurden u. a. Fremdsprachenkurse, Seminare über Managemententwicklung, Unternehmensführung aber auch über einzelne Fachgebiete, wie z. B. Marketing.
Auf die Eingangsfrage gibt es unserer Meinung nach eine Antwort: FEFAS HAS A FUTURE!!!
Karin Jäger,
Frank Steinbrenner